

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Johannes Kaska

Leopold Figl

Bundeskanzler und Außenminister, 2.10.1902–9.5.1965

Leopold-Figl-Straße, benannt 1984

Kurzbiographie

Leopold Figl¹ wurde am 2. Oktober 1902 als drittes von neun Kindern von Josefa und Josef Figl, Bauern in Rust im Tullnerfeld, geboren. Als er elf Jahre alt war, starb unerwartet sein Vater und seine Mutter musste sich alleine um Kinder und Hof kümmern. Mit 13 Jahren trat Figl 1915 in das St. Pöltner Gymnasium ein. In dieser Zeit lernte er auch den älteren Julius Raab kennen, den Bruder eines Schulkollegen.² Gemeinsam gründeten sie 1919 die katholische Mittelschulverbindung „Nibelungia“. 1923 ging Figl nach Wien und begann ein Studium an der Hochschule für Bodenkultur. Er trat der CV-Verbindung „Norica“ bei, der auch Julius Raab angehörte. 1926 machte Figl durch eine Rede als Vertreter der Studentenschaft bei der 20-Jahr-Feier des Niederösterreichischen Bauernbunds auf sich aufmerksam. Eine vom niederösterreichischen Bauernbunddirektor Josef Sturm angebotene Stelle als Sekretär lehnte er ab, um sein Studium abschließen zu können. Bereits ein Jahr später machte er jedoch bereits Vertretungsdienste für die sich auf einer Romreise befindliche Bauernbunddelegation und wurde nach seinem Studienende 1930 schließlich dort Sekretär.³ Im gleichen Jahr heiratete Leopold Figl Hilde Hemala, die Tochter des christlichsozialen Abgeordneten Franz Hemala. 1931 wurde er stellvertretender niederösterreichischer Bauernbunddirektor. 1932 wurde Figl Führer der Niederösterreichischen Sturmscharen, einer paramilitärischen Wehrorganisation, die unter Patronanz des Bauernbundes als Ableger der von Kurt Schuschnigg in Tirol gegründeten Ostmärkischen Sturmscharen ins Leben gerufen worden war. 1933 stieg Figl zum niederösterreichischen Bauernbunddirektor auf, bevor er 1934 auch das Amt des Reichsbauernbunddirektors übernahm.

Am 12. Februar bricht der österreichische Bürgerkrieg aus, an dem Figl in seiner Position als Sturmscharführer auch aktiv teilnimmt. Nach dem Tod von Dollfuß wurde Figl 1934 von

¹ Sofern nicht anders vermerkt, alle biographischen Angaben aus 100 Jahre Leopold Figl, Zeittafel, 91; sowie Ströbitzer, Leopold Figl, Lebenslauf Leopold Figl, 181; Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat, 66–68.

² Trost, Figl von Österreich, 104–105.

³ Mosser-Schuöcker, Leopold Figl, 17.

Kanzler Schuschnigg in den Bundeswirtschaftsrat bestellt. Noch am ersten Tag des Anschlusses, dem 12. März 1938, verhaftete man ihn und brachte ihn am 1. April gemeinsam mit anderen „Prominenten“ in das Konzentrationslager Dachau. Es folgten fünf Jahre Schwerarbeit sowie auch Folter,⁴ bevor Figl nach einer zwischenzeitlichen Verlegung ins KZ Flossenbürg⁵ am 8. Mai 1943 vorläufig entlassen wurde.⁶ Seine Versuche, den Bauernbund im Untergrund wieder zu reaktivieren, führten am 8. Oktober 1944 zu seiner neuerlichen Verhaftung und Verlegung ins KZ Mauthausen.⁷ Nach einer neuerlichen Verlegung ins Landesgericht für Strafsachen Wien am 21. Jänner 1945 wurde Figl des Hochverrats angeklagt und in die Todeszelle verlegt. Das Vorrücken der Roten Armee führte am 6. April jedoch zur Entlassung der Häftlinge.⁸ Von der sowjetischen Militärkommandatur wurde Figl beauftragt, die Lebensmittelversorgung der Wiener Bevölkerung zu organisieren.⁹ Gleichzeitig gründete er am 14. April den Bauernbund neu und war am 17. April führend an der Gründung der ÖVP beteiligt.

Nach der Ausrufung der Zweiten Republik durch die österreichische Unabhängigkeitserklärung am 27. April 1945 übernahm Figl provisorisch das Amt des Landeshauptmanns von Niederösterreich sowie das eines Staatssekretärs in der provisorischen Staatsregierung Renner, wo er einer der vier Kabinettsräte war. Nach dem Sieg der ÖVP bei der Nationalratswahl am 20. Dezember 1945 wurde Figl Bundeskanzler einer Konzentrationsregierung. Dieses Amt behielt er, bis er am 2. April 1953 aufgrund interner Kritik durch Julius Raab ersetzt und stattdessen Außenminister wurde. In dieser Funktion wirkte er 1955 am Abschluss des Staatsvertrages mit. 1959 bis 1962 war Figl Nationalratspräsident, bevor er bis 1965 noch das Amt des Niederösterreichischen Landeshauptmannes übernahm. Leopold Figl verstarb am 9. Mai 1965 in Wien.

Leistungen

Im Verlauf seiner langen Karriere¹⁰ übte Leopold Figl einige der höchsten politischen Ämter und Funktionen aus. Er war acht Jahre lang Bundeskanzler, sechs Jahre lang Außenminister und drei Jahre lang Nationalratspräsident. Insgesamt vier Jahre lang wirkte er als Landes-

⁴ Wohnout, Leopold Figl 1945, 19 f.

⁵ Ebenda, 21.

⁶ Ebenda, 25.

⁷ Wohnout, Leopold Figl 1945, 27–33.

⁸ Ebenda, 34–36.

⁹ Ebenda, 38.

¹⁰ Zu seinen Leistungen siehe auch die Biographie oben.

hauptmann von Niederösterreich. Darüber hinaus war er, neben weiteren Funktionen, Bundesparteiobmann der ÖVP, die er nach dem Krieg auch mitgründete, sowie Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes bzw. des Reichsbauernbundes.

Leopold Figl ist einer der bekanntesten und populärsten Politiker der Zweiten Republik und gilt als eine der zentralen Figuren deren Gründung sowie der Erreichung der Unabhängigkeit Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg. Er war vor, während und nach dem Krieg ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und vehementer Kämpfer für die Unabhängigkeit Österreichs. Für seine politischen Tätigkeiten gegen die Nationalsozialisten wurde er während des NS-Regimes insgesamt sieben Jahre inhaftiert, die meiste Zeit davon in Konzentrationslagern, in denen er schwere Misshandlungen erlitt. Als Bundeskanzler ab 1945 nahm er eine zentrale Rolle im Wiederaufbau Österreichs nach dem Krieg ein. In seine Zeit als Außenminister fallen viele große Ereignisse der österreichischen Außenpolitik der Nachkriegszeit wie der Staatsvertrag, die Aufnahme in die UNO, der Beitritt zum Europarat und die Ansiedlung der Atomenergiebehörde in Wien.¹¹

Problematische Aspekte

Landesführer der Niederösterreichische Sturmsharen

Leopold Figl stand als Landesführer der Niederösterreichischen Sturmsharen im „Ständestaat“ einer paramilitärischen, antisemitischen Organisation vor.¹² Die Niederösterreichischen Sturmsharen waren 1932 als Teil der Ostmärkischen Sturmsharen gegründet worden. Leopold Figl wurde in diesem Jahr gemeinsam mit Otto Wallig als deren niederösterreichischer Gauleiter angelobt. Figl als Bauernbundsekretär repräsentierte dabei die Verbindung der Niederösterreichischen Sturmsharen zum Niederösterreichischen Bauernbund. Die Initiative zu dieser Verbindung ging auf den Landeshauptmann Josef Reither zurück, der mit den Sturmsharen ein Gegengewicht zur Heimwehr unter Bundesführer Ernst Rüdiger Starhemberg schaffen wollte. Hierfür sollte sie durch den Bauernbund unterstützt werden.¹³ Durch ihre enge Verbindung mit dem Bauernbund erlangte die niederösterreichische Landesorganisation der Sturmsharen eine größere Selbstständigkeit von der Reichsführung, was sich auch in ihrem Namen ausdrückte. Im Vergleich zu den anderen Landesorganisationen waren sie etwas weniger autoritär und wählten etwa ihre Landesführer, anstatt sie zu ernennen. Die Gründung

¹¹ Trost, Figl von Österreich, 328 f.

¹² Zum Antisemitismus siehe unten das Kapitel „Der Antisemitismus der Ostmärkischen Sturmsharen“.

¹³ Reich, Die Ostmärkischen Sturmsharen, 148 f.

der Niederösterreichischen Sturmsharen ist auch im Zusammenhang mit den Fraktionskämpfen innerhalb der Heimwehr in Niederösterreich zu sehen. Julius Raab stand der christlichsozial orientierten Fraktion vor, welche sich 1930 durch die Gründung der „Niederösterreichischen Heimwehr“ aus der faschistisch orientierten Heimwehrbewegung unter Bundesführer Starhemberg abspaltete und mit dieser in Niederösterreich konkurrierte. In diesem Konkurrenzkampf unterlag sie am Ende.¹⁴ Teile der noch bestehenden Gruppen der Heimwehrfraktion Raabs traten in der Folge den Sturmsharen bei.¹⁵

Die Niederösterreichischen Sturmsharen definierten sich in ihren eigenen Leitsätzen als „Bewegung zur radikalen Erneuerung des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens im Sinne der Grundsätze der katholischen Religion und des deutschen Volkstums“. Im Kampf gegen den Bolschewismus und den Nationalsozialismus wollten sie den „österreichischen Staats- und Kulturgedanken vertreten“ und einen „christlichen Volksstaat“ erreichen. Sie forderten „eine starke Staatsgewalt; denn eine zügellose Demokratie führt zum Chaos“¹⁶, womit sie sich nahtlos in den „Ständestaat“ einfügten. Im Gegensatz zu den Heimwehren wollten sie aber nicht selbst die Führung im Staat übernehmen, weshalb Dollfuß die Sturmsharen auch förderte, um nicht völlig von den Heimwehren abhängig zu sein.¹⁷ Figls eigene Worte über die Sturmsharen: „Wir wollen nicht die Totalität der Sturmsharen oder der Wehrfront überhaupt, wir wollen auch nicht die Macht im Staate, wir wollen nur der verlängerte Arm der Exekutive sein, schlagfertig jederzeit und unbedingt verlässlich in Zeiten der Not und Gefahr.“¹⁸ Laut Helmut Wohnout waren die Ostmärkischen Sturmsharen unter den Wehrverbänden auch jene, die am eindeutigsten eine eigenständige österreichische Identität entwickelten.¹⁹

Der Antisemitismus der Ostmärkischen Sturmsharen

Der in den Sturmsharen vorherrschende Antisemitismus war ideologisch in einzelnen Punkten anders gelagert als jener der Nationalsozialisten. Sie lehnten das Konzept der „Reinheit des Blutes“ und ebenso – mit Verweis auf die göttliche Schöpfung – das Rassenkonzept

¹⁴ Zur Heimwehrsituation in Niederösterreich bzw. den Fraktionskämpfen siehe Mulley, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“, besonders 430 f. und 434–441 sowie Wiltschegg, Die Heimwehr, 126–138 und 332 f.

¹⁵ Ebenda, 149 f.

¹⁶ Alle Zitate aus: Der Bauernbündler vom 4. Juni 1932, 1. Zur Ablehnung der der Nationalsozialisten durch die Sturmsharen siehe auch Reich, Die Ostmärkischen Sturmsharen, 274–287.

¹⁷ Trost, Figl von Österreich, 90.

¹⁸ Der Bezirksbote für den politischen Bezirk Bruck a.d. Leitha vom 9. Dezember 1934, 3.

¹⁹ Wohnout, Leopold Figl, 242.

der Nationalsozialisten ab. Dennoch griffen sie auf die Vorstellung „von Menschengruppen mit gewissen Rassenmerkmalen“²⁰ zurück, welchen sie besondere Eigenschaften zusprachen. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten wollten sie daraus allerdings keine Wertungen unter den Völkern ableiten.²¹ Antisemitismus wurde dennoch praktiziert und man wollte wie schon Karl Lueger Österreich vor „der völligen jüdischen Invasion“ bewahren.²²

In „Sturm über Österreich“, der offiziellen Zeitung der Ostmärkischen Sturmsharen, wurde das Thema Antisemitismus im Verlauf der Jahre mehrmals angesprochen. Gerade aufgrund des Antisemitismus der Nationalsozialisten sah man sich – zwecks Abgrenzung zum politischen Gegner – gezwungen, diesen zu kritisieren sowie den eigenen zu definieren und als den besseren hinzustellen. So lautete der Titel eines Artikels von 1933: „Wahrer und falscher Antisemitismus“.²³ Darin sah man bei sich selbst die „ernste Bekämpfung des jüdisch materialistischen Geistes“ und bei den Nationalsozialisten hingegen den „Radauantisemitismus“. Man kritisierte den Judenboykott in Deutschland, jedoch nicht zum Schutz der Juden, sondern weil gerade die mittelalterliche Judenverfolgung dazu geführt hätte, dass „das ‚ausgewählte Volk‘ ganz besonders einig, geschlossen und stark“ wurde. „Ja, es ist nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß die in jedem Staate zu verschiedenen Zeiten aufgeflamten blutigen Pogrome die Ursache gewesen sind, das Judentum zu einer internationalen Macht zu gestalten.“ Das habe die Juden dazu getrieben ihre Tätigkeit ins Geheime zu verlagern, auf jene Gebiete der Volkswirtschaft, „wo alle Fäden zusammenlaufen. Das ist vornehmlich die internationale Geldkontrolle.“ Das Volk der Juden hätte seine Verfolgung immer wieder damit beantwortet, „daß es den Geist des Wirtsvolkes mit Materialismus und Diesseitstreiben förmlich verseuchte.“ Die Juden seien verantwortlich für den merkantilen Charakter ganzer Nationen. „Die Beeinflussung der Sitten des ursprünglichen Volksstammes durch die Mittel modern-jüdischer Propaganda ist in einem Maße fortgeschritten, durch welches unter Umständen der dauernde Bestand des Wirtsvolkes gefährdet werden kann.“ Das Judentum habe „ungeheuren Einfluss“ auf die Produktion geburtenbeschränkender Mittel, was „Hand in Hand“ gehe mit der „Entsittlichung des Volkes durch Werke der Presse- und Kinopropaganda“. Die den Juden angelasteten „großen Kapitalverschiebungen“ sowie das „Aufhäufen gigantischer Reichtümer“ würde zur „Verelendung breiter Volksmassen“ und deren Radikalisierung führen, was die Juden wiederum nutzen würden, denn es habe sich „eine förmliche Industrie der

²⁰ Weg in die Zukunft, Jg. 1 (1934), H. 7, 3. Zitiert nach: Reich, Die Ostmärkischen Sturmsharen, 288.

²¹ Reich, Die Ostmärkischen Sturmsharen, 287 f.

²² Jungösterreich erwache, Nr. 3, 5. Zitiert nach: Reich, Die Ostmärkischen Sturmsharen, 288.

²³ Sturm über Österreich vom 14. Mai 1933, 4.

Massenverhetzung“ gebildet „deren Drahtzieher wiederum dem auserwählten Volke angehören“. Die (jüdische) Presse würde den „Widerstand gegen die eigene Autorität“ propagieren, egal in welche politische Richtung, weshalb den Juden auch vorgeworfen wird, auch in Zeitungen, „deren Herausgeber und Redaktionsstab stark verjudet sind“, freundlich über Nationalsozialisten zu berichten.

Aus den angeführten Umständen wird im „Radauantisemitismus“ nicht die Lösung gesehen, da das weit wichtigere Problem „der Schutz des eigenen Volkes gegen die Vermaterialisierung seiner Kultur“ sei. Stattdessen sei der Altruismus als etwas Höheres zu propagieren und es sei Ziel, dass sich „die übernatürliche jenseitige Idee des Christentums“ durchsetzt. „Es liegt Wahrheit darin, daß die übersinnliche Welt die einzige ist, in welche der zersetzende Geist des Diesseitsjudentums nicht nachfolgen kann.“ Der Kampf gegen die „jüdische Weltmacht“ auch im Diesseits sei allerdings trotzdem „ohne Kompromiß rücksichtslos zu führen“, aber nicht an der Oberfläche, sondern „von innen heraus“. Mit Verweis auf den „Gegendruck der jüdischen Finanzmächte von New York“ aus, nach dem Aufruf zum „Judenboykott“ in Deutschland, lobt man als Alternative das Vorgehen Mussolinis, der „schärfstens gegen die jüdischen Geheimgesellschaften“ vorgegangen sei und „die Freimaurerei und ihre Führerzirkel“ verbot, „aber das Judentum als Nation ungeschoren“ ließ.²⁴

Der Artikel vertritt bereits alle Grundsäulen des Antisemitismus der Ostmärkischen Sturmcharen. Die Juden seien ein anderes Volk als das eigene und würden dem „Wirtsvolk“ sowohl in materieller, als auch in geistiger Hinsicht schaden und es aufhetzen. Besonders schädlich seien sie durch ihre Beherrschung des Großkapitals bzw. der Finanzindustrie. Durch dieses volks- und gesellschaftsschädigende Verhalten seien sie aber auch selbst schuld an der Radikalisierung des heimischen Volkes und somit auch am (gewalttätigen) Antisemitismus. Das christliche Volk müsse diesen schädlichen Einfluss mit allen Mitteln bekämpfen, wobei undifferenziertes, gewalttätiges Vorgehen gegen die Juden, wie es die Nationalsozialisten betreiben, verurteilt wird.

Im gleichen Jahr setzte man in „Sturm über Österreich“ die Auseinandersetzung mit dem eigenen Antisemitismus fort, unter dem Titel „Wie stehen wir zur Judenfrage?“²⁵ Im Artikel kritisierte man, dass man seit dem Ersten Weltkrieg zu wenig vom Programmpunkt des Antisemitismus der Christlichsozialen gehört habe, obwohl doch Lueger diesem seine großen Erfolge zu nicht geringen Teilen verdanken habe. Man merkte dazu aber wieder an: „Antisemitismus heißt nicht, alle Juden aufhängen oder ausweisen, sondern sie auf den Einflußkreis

²⁴ Sturm über Österreich vom 14. Mai 1933, 4.

²⁵ Sturm über Österreich vom 5. November 1933, 2.

zurückdämmen, der ihnen auf Grund ihres Bevölkerungsanteiles zukommt“. Den Einfluss der Juden empfand man als „ungeheuer“ und verwies dabei auf Statistiken über ihren Anteil an Wirtschaftsstudenten, Rechtsanwälten, Ärzten und insbesondere Journalisten, für die man einen Anteil von 95 Prozent angab.

„Diese Ziffern machen erschrecklich klar, wie weit der Kulturbolschewismus schon vorge-schritten ist. Wem gehören die meisten Banken? Den Juden! Wem die Warenhäuser? Den Juden! Wer ist in den Industriekonzernen führend? Die Juden! Wer in Presse, Literatur, Musik (Reinhardt!) tonangebend? Die Juden!
Jüdische Roman- und Theaterschmierer haben alles Christliche verächtlich gemacht, Anstand und gute Sitte in den Kot gezerrt, vaterländische Gesinnung und Tradition mit blödem und frivolem Witz übergossen, mit einem Wort die christlich-deutsche Volksseele bis in den Grund vergiftet!“²⁶

Mit der Anmerkung, dass „die Führer des Austromarxismus fast lauter Juden sind“, leitete man zum Politischen über und deklarierte den Marxismus als „das Kind des Juden Marx“. Speziell Wien wurde kritisiert, da es „jedem Juden Tür und Tor geöffnet“ habe nach dem Ersten Weltkrieg und so nun „den Juden zum heiligen Mekka“ geworden war. Man brachte die Forderung: „Die Regierung sollte alle Wiener Einbürgerungen seit 1918 überprüfen lassen und diese neu aufgenommenen Juden entfernen!“

Anhand der Juden griff man gleichzeitig auch die Demokratie an: „Der Jude ist immer ein begeisterter Demokrat. Demokratische Gleichheit will er, damit er auf Grund dieser Gleichheit den bodenständigen Bürger übertölpeln kann.“ Den „völkischen Studenten“ wurde wiederum vorgeworfen, Judenkrawalle zu inszenieren, aber ihre Zeit in Kneipen zu vergeuden, während die Juden fleißig in den Bibliotheken studierten, womit man quasi den Juden das Feld überließ.

Abermals wollte man sich aber vom Rassenantisemitismus der Nationalsozialisten distanzieren, indem man klarstellte, dass man sich nicht gegen den „jüdischen Kaufmann, dessen Familie schon jahrzehntelang ehrlich ein Geschäft“ betreibe, richte, wie auch nicht gegen jene Juden, „die im Krieg Frontdienste fürs Vaterland geleistet“ hatten, „sondern gegen die volkstumzersetzenden, ausbeutrischen, kirchen- und staatsfeindlichen Juden, mit einem Wort: gegen die Juden, die Vorkämpfer und Wegbereiter des staatlichen Bolschewismus sind.“ Die Juden nicht als Rasse zu bekämpfen erklärte man damit, dass vor Gott alle Rassen gleichwertig seien. Deshalb habe „der bodenständige Jude vor dem Antisemitismus nichts zu fürchten.“ Man sprach sogar davon, dass es dem „staatstreuen Juden“ recht sein kann, „wenn bei uns

²⁶ Sturm über Österreich vom 5. November 1933, 2.

das Judenproblem friedlich gelöst wird, damit nicht später ein zügelloser Sturm über das Judentum hereinbricht“ wie in Deutschland, wo dieser „auch Unschuldige“ hinweggefegt hatte.²⁷

In den Positionierungen hinsichtlich Antisemitismus glich man stark jenen, die der Linzer Bischof Gföllner in seinem Hirtenbrief im gleichen Jahr veröffentlicht hatte und es wurde aus diesem innerhalb des Artikels auch die zentrale Passage zum Antisemitismus zitiert.²⁸ Auch Gföllner schreibt, dass das jüdische Volk gegen Pogrome in Schutz genommen werden soll, spricht aber vom „jüdisch internationalen Weltgeist“ und dessen schädlichem Einfluss auf das moderne Kulturleben. Das „entartete Judentum im Bunde mit der Weltfreimaurerei“ trage den „mammonistischen Kapitalismus“. „Diesen schädlichen Einfluss des Judentums zu bekämpfen und zu brechen ist nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenspflicht eines jeden überzeugten Christen ...“. Gföllner wünschte sich „auf arischer und christlicher Seite“ eine noch nachhaltigere Bekämpfung der „Gefahren und Schädigungen durch den jüdischen Geist“.

Der Artikel schließt mit:

„Der Kampf der Regierung Dollfuß gegen das Wiener Rathaus und gegen den Austromarxismus ist darum auch zugleich ein zäher Kampf gegen das gottlose Judentum in Politik und Kultur. Manche Stellung ist im Kleinkrieg schon zurückerobert worden. Es muß aber im Sturmschritt weiter gehen. Jugend in die erste Stellung! Dollfuß ist auch hier unser Freiheitsführer! Österreich heraus aus den Klauen der Marxisten und Juden!“²⁹

Diese Verbindung von Marxisten, Sozialdemokraten und Juden war auch prägend für einen Leitartikel im darauffolgenden Jahr, der sich der „Judenfrage“ widmete.³⁰ In diesem Artikel, der mit „Von einem jungen Sturmscharmann“ eingeleitet wurde, nahm man nach dem

²⁷ Eine ähnliche Argumentation hinsichtlich Trennung in „gute“ und „schlechte“ Juden bzw. unangebrachte Solidarität letzterer mit ersteren brachte auch der christlichsoziale Politiker Leopold Kunschak im Zuge der Diskussion um den antisemitischen Hirtenbrief des Linzer Bischofs Gföllner von 1933. Für ihn wäre es „verständlich und vernünftig, wenn innerhalb des Judentums die scharfe Grenzlinie – zwischen gläubigen und gottentfremdeten, zwischen gearteten und entarteten Juden – wie sie von Bischof Dr. Gföllner gezogen wurde, Beachtung und Bestätigung gefunden hätte.“ Er warf dem Vorstand der Wiener israelitischen Kultusgemeinde vor, sich „gegen den Bischof an die Seite der gottentfremdeten und entarteten Juden“ gestellt zu haben. Daraus schloss er, dass „die berufenen Vertreter des Judentums der Meinung“ seien, „daß zwischen den Juden auch hinsichtlich ihrer Charakterveranlagung und sozialen Wertigkeit nicht unterschieden“ werden dürfe, womit „für die Nichtjuden kein Anlaß“ vorliegen würde, künftig in dieser Weise zwischen den Juden zu unterscheiden. „Will das Judentum in seiner Gesamtheit die Verantwortung tragen für die destruktive Tätigkeit des jüdischen Weltgeistes, so kann dies nur Veranlassung sein, der Solidarität des Judentums den Abwehrwillen des gesamten christlichen Volkes entgegenzustellen.“ Der Wiener Tag vom 22. Februar 1933, 6.

²⁸ Zu Bischof Gföllner bzw. seinem Hirtenbrief siehe die entsprechende Biographie.

²⁹ Sturm über Österreich vom 5. November 1933, 2.

³⁰ Sturm über Österreich vom 25. März 1934, 1.

Verbot der Sozialdemokratie noch einmal zur „Judenfrage“ Stellung. Es wurde angeklagt, dass „eine jüdische Presse unsere Arbeiter verhetzt, jüdische Schundliteratur unsere Jugend verdorben“ und „jüdische Führer unser Volks betrogen“ hätten. Durch die Sozialdemokraten seien „volksfremde Elemente nach den Kriegsjahren in der Inflationszeit in Scharen in das Land“ gekommen und hätten sich zu 90 Prozent der sozialdemokratischen Partei angeschlossen. Alle „führenden Stellen in der sozialdemokratischen Partei, in der Parteipresse und der ihr nahestehenden Journaille“ seien mit „Ostjuden“ besetzt gewesen. Man wollte zwar „nicht die Nationalsozialisten nachahmen und blindlings der Rassenfrage nach dieses Problem lösen“, aber man wollte das Problem „vom moralischen Standpunkt aus“ lösen. Auch sei der Kampf gegen den Marxismus nicht früher zu Ende, „ehe nicht die jüdischen Führer der Sozialdemokraten gerichtet sind“. Durch die „Lösung der Judenfrage“ würde man auch „den Nationalsozialisten die Waffen aus der Hand“ ringen und ihnen damit auch ihre Existenzgrundlage entziehen.³¹

Die letzte große Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in „Sturm über Österreich“ erfolgte am 23. September 1934 unter dem Titel „Besserer Antisemitismus!“³² Darin heißt es: „Die Ostmärkischen Sturmcharen verlangen nicht mehr Antisemitismus, sondern besseren, das heißt, richtigeren und zweckmäßigeren Antisemitismus.“ Abermals distanzierte man sich vom „Radaugeschrei“ der Nationalsozialisten und bezeichnete die eigenen Positionen als „wesentlich andere“. Man umschrieb den eigenen Antisemitismus als „Abkehr vom Ungeist der jüdischen Geldsackherrschaft.“ Als katholische Bewegung verwehrt man sich gegen die Verfolgung einer ganzen Rasse, da man es gewohnt sei „in jedem Menschen das Ebenbild Gottes“ zu ehren. „Erst wenn der Fall eintritt, daß dieses Ebenbild des Schöpfers durch Handlungen verzerrt und geschändet wird, die der göttlichen Weltordnung widerstreben und ins Gesicht schlagen, sagen wir den Kampf an.“ Man wollte klar differenzieren zwischen „jener Judenschaft, die als volks- und religionsgebundene Einheit“ eine Minorität in den Nationen darstellte und den „Assimilationsjuden, die längst ihrem Väterglauben und ihrer Väter Sitte fremd geworden sind“, wobei diese, ihre „ererbten Eigenschaften ihres Stammes ausnützend, zur furchtbaren Gefahr innerhalb eines jeden gesunden Volkskörpers werden müssen.“ Diesen „Assimilationsjuden“ schob man die Schuld für die Exzesse gegen die Juden zu, indem man davon sprach, dass sie im Verlauf der Jahrhunderte „die primitive, aber in ihrem Wesenskern gesunde Abwehreinrichtung aller abendländischen Völker hervorgerufen“ hätten durch ihre Taten. Das Vorgehen gegen die Juden sei ein Vorgehen gegen die Korrumpierung

³¹ Sturm über Österreich vom 25. März 1934, 1.

³² Sturm über Österreich vom 23. September 1934, 1.

durch das Geld gewesen. Es sei daher „bei dieser Einstellung kein Wunder“ gewesen, dass „die Beschäftigung mit Handel, Geld und Kreditwesen ausschließlich in die Hände des von Osten her gekommenen heimatlosen, weltflüchtigen Volksstammes geriet.“ Man sah dabei allerdings auch den eigenen Fehler, die Juden durch vielfache Handwerksverbote sowie landesfürstliche Unterstützung gerade wenn sie als Geldgeber auftraten, in diese Richtung hingeleitet zu haben. Abermals sprach man im Artikel von den „Wirtsvölkern“, welche nicht die „ungeheure Gefahr“ gesehen hätten, die sich daraus ergeben würde, wenn aufgrund des „immer dichter werdenden Weltverkehrs dieses Assimilationsjudentum zu einer internationalen Macht werden würde.“ Das Fehlen des heimatlichen Bodens sei mit Ursache der geringen moralischen Qualitäten dieser Juden. Man sah bei diesen Juden durch ihre beherrschenden Positionen im internationalen Kreditverkehr eine „vernichtende Wirkung [...] auf den Bestand und die Weiterexistenz der übrigen bodenständigen Völker“.

Diesen „jüdischen Geist“ wollte man bekämpfen, jedoch nicht auf die Weise, wie es im nationalsozialistischen Deutschland geschah. Das bis zum Tod reichende Vorgehen auch gegen „Unschuldige“ in Deutschland sei eine Wiederholung der Fehler des Mittelalters und würde die Juden „lediglich noch schlauer, tückischer und kampffähiger“ machen. Die Gefahr würde nur oberflächlich verschwinden und sich stattdessen unsichtbar unterirdisch weiterverbreiten. Entsprechend stellte man fest, dass der Rassenantisemitismus des Dritten Reichs nicht nur „unmoralisch“ und „unchristlich“ sei, sondern auch „gänzlich unzweckmäßig“. Für die Ostmärkischen Sturmcharen drohe die „jüdische Gefahr nicht von Seite jener Judenschaft“, die sich der „Tragik ihrer Heimatlosigkeit“ bewusst sei. Die Gefahr ginge vielmehr von jenen Juden aus, die man mit Rückgriff auf die Bibel als „Rotte Korah“ bezeichnete, womit man wohl wieder das als abtrünnig angesehene „Assimilationsjudentum“ meinte. Aufgrund der internationalen Verteilung des Judentums seien diese „Auswürflinge“ so gefährlich und würden „die Judenfrage zur internationalen Frage“ machen. Eine Lösung der „Judenfrage“ sah man daher auch nicht auf nationaler Ebene für möglich, sondern überhaupt nur, wenn „der andere, der volksbewusste Teil der Judenschaft hiebei mitzuwirken bereit ist.“ Als mögliche Lösung wurde ein Zusammenschluss der „Judenschaft“ eines Staates auf nationaler Basis als nationale Minderheit skizziert, mit der Möglichkeit ihre eigene Minderheitenpolitik zu betreiben. Die sich bei diesem Vorschlag bereits abzeichnende strikte Trennung zwischen Juden und dem Rest der Gesellschaft verdeutlicht sich in den weiteren Formulierungen:

„Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß jedes Wirtsvolk die Existenz eines Gastvolkes auf die Dauer nur dann ertragen kann, wenn das Zusammenleben nicht allzu große Reibungsflächen bietet. Solche Reibungsflächen werden dann zu große und zu viele, wenn den Kindern des eigenen Landes und Volkes Lebens- und Existenzmöglichkeiten entzogen oder

herabgedrückt werden, weil das Gastvolk den Produktionsfaktor Kapital nahezu ausschließlich in alleinige Verwaltung übernommen hat“.³³

Daraus leitete man anschließend die Notwendigkeit einer Regelung der Verteilung der auf weltweit 17 Millionen geschätzten Juden ab. Durch den „Blut- und Mordantisemitismus“ sei hingegen keine Lösung zu erreichen. Man sprach sich abschließend dezidiert dagegen aus, das „religiöse und nationale Judentum als Gegner zu betrachten“, wobei als Begründung hierfür gleich darauf angemerkt wird, dass es andernfalls dazu kommen könnte, dass es als nächstes heißt: „Heute die Juden, morgen die Katholiken“. Insofern argumentierte man die Ablehnung der Gewalt hier auch aus einem gewissen Selbstschutz heraus, angetrieben vom Vorgehen der Nationalsozialisten gegen die Katholiken.

Im Großen und Ganzen deckte sich der Antisemitismus der Sturmscharen mit jenem von Dollfuß und Schuschnigg bzw. dem „Ständestaat“ im Allgemeinen.³⁴ Die Artikel in „Sturm über Österreich“ veranschaulichen allerdings auch die Problematik einer echten Trennung zwischen Rassenantisemitismus und christlich-katholischem Antisemitismus. Während man zwar die durch die Nationalsozialisten ausgeübte Gewalt gegen Juden sowie die Vorstellung einer undifferenzierten jüdischen Rasse ablehnte, hetzte man gleichzeitig ebenso gegen das jüdische Volk und schrieb diesem allgemeine, ererbte negative Eigenschaften und Handlungen zu, aufgrund derer dieses eine Gefahr für das heimische, christliche Volk sei. Die Relativierungen, dass man sozusagen die „guten Juden“ nicht damit meine, haben angesichts der vertretenen Ansichten über das jüdische Volk als Ganzes wenig Wirkung³⁵ und mit Sprachbildern wie „Wirtsvölker“, denen von den Juden geschadet wird, bediente man die Vorstellung der Juden als Parasiten der Gesellschaft. Aufgrund der in den eigenen Ansichten vertretenen, geradezu existentiellen Gefahr für das heimische Volk durch die Juden sah man sich gezwungen, im großen Umfang zu erklären, warum Gewalt dennoch nicht die Lösung der „Judenfrage“ sei. Hierbei reichte der Verweis auf christlich-katholische Positionen nicht mehr aus und man bemühte die Erklärung, dass diese brutale Verfolgung die Juden nur in den Untergrund verdränge und sie dort zur noch größeren Gefahr werden würden. Mit dieser Argumentation wurde die Gewalt nicht mehr aufgrund ihrer selbst abgelehnt, sondern nur noch, weil sie nicht „zweckdienlich“ sei.

³³ Sturm über Österreich vom 23. September 1934, 1.

³⁴ Vgl. Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen, 293.

³⁵ Dass die Juden derartige Ansichten und Differenzierungen in „gute“ und „schlechte“ Juden vehement kritisierten, sich also als Ganzes angegriffen sahen, stieß auf Unverständnis und löste wiederum neue Kritik an den Juden aus. Vgl. Fußnote 27.

Handlungen als Landesführer der Niederösterreichischen Sturmscharen

Am 11. Juni 1933 wurde Leopold Figl schließlich zum offiziellen Landesführer der Niederösterreichischen Sturmscharen gewählt. Bereits seit seiner ersten Angelobung 1932 hatte er deren Politik allerdings mitbestimmt und sie mithilfe des von ihm kontrollierten Publikationsorgans des Bauernbundes, dem „Bauernbündler“, publizistisch unterstützt.³⁶ In seiner Antrittsbotschaft definierte Figl als Ziel der Niederösterreichischen Sturmscharen „Den Neuaufbau unseres unabhängigen, katholischen Österreich!“. Er sprach vom „zersetzenden Bolschewismus“ und dass der „landfremde, fanatisierte Nationalismus unsere bodenständige, uralte, katholisch-süddeutsche Kultur“ bedrohe. Man werde „keinen Schritt breit“ von der Linie abweichen, „die unser Kanzler Dollfuß bestimmt“. Er schloss mit „Für Glaube und für Österreichs Erneuerung! Niederösterreichische Sturmscharen in vorderster Front!“³⁷ Unter seiner Führung wurden immer mehr Ortsgruppen aufgebaut und mehrere andere Organisationen und Bewegungen in die Sturmscharen integriert, wie die Lueger-Jungfront für Niederösterreich, die Jungfront in Klosterneuburg und Teile der christlichen Turnverbände. In Zusammenarbeit mit dem Bauernbund wurden die Niederösterreichischen Sturmscharen im „Ständestaat“ schließlich der mächtigste Landesverband der Ostmärkischen Sturmscharen.³⁸ Die Ausschaltung des Parlaments und die Etablierung des „Ständestaats“ brachte bei den Sturmscharen auch eine Militarisierung mit sich und die bewaffnete Verteidigung der Regierung Dollfuß wurde Teil ihrer Hauptagenden. Damit entwickelten sich die Sturmscharen 1933 von einer Kulturorganisation hin zu einer Organisation mit klar paramilitärischen Elementen. Intern gab es allerdings auch Richtungsstreitigkeiten dahingehend und Kritiker betonten, dass man weiterhin vorrangig auf politischer Ebene aktiv bleiben sollte.³⁹ In der Folge schlossen sich in Niederösterreich die Sturmscharen mit dem Niederösterreichischen Freiheitsbund und den Wehrzügen der christlich-deutschen Turner zum Niederösterreichischen Wehrverband zusammen.⁴⁰

Als Landesführer der Sturmscharen standen Figl bis zu 20.000 Mann zur Verfügung.⁴¹ Ihm zu Ehren wurde auch der Landesführer-Figl-Marsch komponiert.⁴² In dieser Funktion ließ Figl

³⁶ Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen, 151.

³⁷ Sturm über Österreich vom 18. Juni 1933, 3.

³⁸ Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen, 152.

³⁹ Ebenda, 203 f.

⁴⁰ Ebenda, 207.

⁴¹ Der Bezirksbote für den politischen Bezirk Bruck a.d. Leitha vom 9. Dezember 1934, 3.

⁴² Salzburger Chronik für Stadt und Land vom 11. Juni 1934, 2.

auch Alarmzüge aufstellen, mit Gewehr und Stahlhelm ausgerüstete Einheiten, meist ehemalige Soldaten aus dem Ersten Weltkrieg, die Wache schoben und als Saalschutz dienten.⁴³

Im Zuge der Februarkämpfe 1934 waren auch die Niederösterreichischen Sturmscharen unter Figl aktiv. Ernst Trost führt hier direkt nach dem Hinweis, dass Figl „mehrere Tage lang seine Uniform“ nicht auszog, an, dass die Ostmärkischen Sturmscharen nicht nur Wachdienste leisteten, sondern auf vielen Schauplätzen mitkämpften. Explizit wird die Erstürmung des Gemeindebaus am Gaudenzdorfergürtel, dem Haydnhof, genannt.⁴⁴ Es geht aus der Formulierung nicht klar hervor, ob Figl laut Trost selbst an dieser Erstürmung beteiligt gewesen sein soll bzw. ob überhaupt die Niederösterreichischen Sturmscharen daran beteiligt waren. Der Artikel im „Bauernbündler“, auf den er verweist, spricht nur von den Ostmärkischen Sturmscharen und erwähnt Figl nicht.⁴⁵ Walter Reich führt hinsichtlich der Februarkämpfe zu Niederösterreich und Figl an, dass dieser 5.943 Sturmschärler aufgeboden hätte, diese aber – lediglich notdürftig bewaffnet – vor allem an der tschechischen Grenze Wache gehalten hätten. Andere Einsatzorte waren entlang der Südbahnstrecke, im Traisental und in Mödling, Wiener Neustadt und St. Pölten. Laut Reich gibt es keine Berichte darüber, dass die Niederösterreichischen Sturmscharen in Kampfhandlungen verwickelt wurden.⁴⁶ Dem widerspricht allerdings, dass man in der Sturmscharzeitung bezüglich der Niederösterreichischen Sturmscharen von einem Opfer der Kampfhandlungen sprach, Hans Birkfellner aus Purkersdorf.⁴⁷

Beim Juliputsch 1934 führte Figl Sturmschärler zur Unterstützung der Regierung nach Wien,⁴⁸ während es in Niederösterreich selbst zu keinen Kampfhandlungen kam, wobei 12.000 Sturmschärler in Bereitschaft versetzt wurden.⁴⁹ Die militärische Komponente der Sturmscharen endete schließlich in den Jahren 1935/1936, als im Zusammenhang mit der Einführung der Wehrpflicht sämtliche Wehrverbände aufgelöst und die Sturmscharen auf einen Kulturverband reduziert werden sollten. Wehrsport sollte allerdings weiterhin praktiziert werden.⁵⁰

⁴³ Trost, Figl von Österreich, 92.

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Der Bauernbündler vom 24. Februar 1934, 2.

⁴⁶ Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen, 248. Die Zahl der involvierten Sturmschärler findet sich auch in: St. Pöltner Zeitung vom 9. April 1934, 20. Figl nannte sie auf der Tagung der Landesleitung der Sturmscharen am 8. April 1934 in Wien.

⁴⁷ Sturm über Österreich vom 25. Februar 1934, 1.

⁴⁸ Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen, 266.

⁴⁹ Ebenda, 271.

⁵⁰ Ebenda, 420 f.

Die Niederösterreichischen Sturmcharen gehörten dabei zu jenen Landesverbänden, die hinsichtlich dieser Entwaffnung zögerten und erst im August 1936 bereit waren, ihre Waffen mit Jahresende niederzulegen.⁵¹

Zumindest in dieser Zeit scheint Figl an seiner Rolle bei den Sturmcharen auch Gefallen gefunden zu haben. So dankt er in einem Brief an Bundeskanzler Schuschnigg vom 19. November 1936 diesem dafür, dass er in dieser von Schuschnigg gegründeten Bewegung „mitarbeiten, mitkämpfen und Verantwortung tragen durfte“ und gelobte, dass er „auch in Zukunft in absoluter Dollfuß-Treue Dir, Kanzler und Führer Österreichs, bedingungslos folgen werde.“⁵² Der Brief wurde zu einem Zeitpunkt verfasst, an dem bereits beschlossen war, alle bisherigen Wehrverbände und damit auch die Sturmcharen in ihrer Gesamtheit abzuschaffen, womit auch Figls Position als niederösterreichischer Landesführer 1936 zu Ende ging.⁵³

Förderung des antidemokratischen „Ständestaats“ und Dollfuß-Verehrung

Leopold Figl zählte zur politischen Elite von Dollfuß' „Ständestaat“.⁵⁴ Als hoher Funktionär des Bauernbundes und dessen späterer Leiter war er von Beginn an in die Ereignisse verwickelt, die letztlich zur Ausschaltung des Parlaments und damit der Demokratie unter Dollfuß führten. Mit Dollfuß verband ihn auch eine persönliche Freundschaft und er trug dessen Kurs – sowie später jenen von Schuschnigg – bereitwillig mit. Zwar stand er mit seinen Funktionen nicht in der ersten Reihe, aber er war trotzdem ranghoher Repräsentant des „Ständestaats“⁵⁵ und nutzte seine in ihm eingenommenen Positionen für dessen Propagierung.

Die am Schluss des vorherigen Kapitels zitierte „absolute Dollfuß-Treue“ war prägend für Figls Einstellung im „Ständestaat“. Das zeigt sich auch darin, dass eine der sehr wenigen von Figl in dieser Zeit selbst verfassten Zeitungsartikel ein „In memoriam Dr. Dollfuß“ in „Sturm über Österreich“ anlässlich dessen zweiten Todestages war.⁵⁶ Darin schreibt er, dass man im Juli 1934 mit Gewalt versucht habe, „die Erneuerung Österreichs im Sinne des Führers zu verhindern“. „Was wir an Dr. Dollfuß verloren haben, das erkennen wir immer wieder und wieder. Er ist und bleibt in unseren Herzen das Ideal eines mutigen, aufrechten, von Opfersinn durchdrungenen Österreichers.“ Figls Position zur parlamentarischen Demokratie beleuchtet wiederum:

⁵¹ Reich, Die Ostmärkischen Sturmcharen, 422.

⁵² Moser-Schuöcker, Leopold Figl, 22 f. Zitiert wird aus dem Katalog des Figl Museums Rust, 22.

⁵³ Zum Ende der Sturmcharen siehe Reich, Die Ostmärkischen Sturmcharen, 397–438.

⁵⁴ Binder, Zwischenkriegszeit, 17.

⁵⁵ Ulsperger, Leopold Figl, 115.

⁵⁶ Sturm über Österreich vom 26. Juli 1936, 2.

„Das wirtschaftlich und politisch von Parteienzank zermühlte Österreich wieder zu gesunden und zu erretten, war das Wollen des toten Führers. Mit starker Hand leitete er die Wirtschaftsgesundung in die Wege, sorgte für politische Befriedung, schaltete den Parteienzank und Hader aus und wollte nur eines, die Gemeinschaft aller ehrlichen und aufrechten Österreicher in einer einzigen Organisation in der Vaterländischen Front.“⁵⁷

Aus der Ausschaltung des Parlamentarismus und des Verbotes der Sozialdemokraten wurde so in Figls Darstellung nur eine „politische Befriedung“ und ein Ausschalten von „Parteienzank und Hader“. Die Nähe zu Dollfuß drückte sich aber auch darin aus, dass dieser die Ehrenführerschaft der Ostmärkischen Sturmsharen innehatte und damit auch in dieser Funktion Figls „Führer“ war. Entsprechend heißt es weiter: „Mit freudigen Mienen sah man Engelbert Dollfuß in der Sturmsharuniform und welche Begeisterung, welche Opferbereitschaft und welcher Mut erfaßte alle Kameraden, wenn der oberste Führer im Grauhemd zu ihnen sprach.“ Die Treue zu Dollfuß wird im Übermaß betont⁵⁸ und er in Richtung eines Heiligen gerückt, wenn es heißt: „Bildstöcke, Kreuze, Denkmäler und eine Kirche sind von Seiten der Sturmshärler dem großen toten Führer geweiht, als äußeres Zeichen des innersten Entschlusses, wie er in unentwegter Treue zu dienen dem Vaterlande Österreich.“ Dass die Dollfuß-Treue gleich einer Systemtreue zum „Ständestaat“ war, verdeutlichen die Abschlussworte:

„...so sollen diese Kerzen für uns Sturmsharen ein Symbol sein, daß so rein wie die Flamme unsere Herzen sind in der Treue und Liebe zu unserem Führer und daß wir mit derselben Reinheit, mit derselben Entschlossenheit und mit derselben Treue auch dem heutigen Führer und Kanzler Dr. Kurt v. Schuschnigg bereit sind zu dienen, daß er das neue Österreich vollenden kann, für das Dollfuß, unser oberster Sturmsharführer, gestorben ist. Treue Österreich!“⁵⁹

Schon zu Lebzeiten Dollfuß' setzte sich Figl für die Propagierung dessen Kurses und Personenkults ein. So ließ er anlässlich der Huldigungsfeier für Dollfuß am 19. Oktober 1933 den Landesbefehl ausgeben, dass alle Ortsführer mittels Lautsprecher den Sturmshärnern die Möglichkeit geben sollen, die Radioübertragung der Feier anzuhören.⁶⁰ Als die Ermordung Dollfuß' bekannt wurde, ließ Figl die Niederösterreichischen Sturmsharen und die christlich-deutsche Turnerschaft in Alarmbereitschaft setzen. Im dazu erlassenen Landesbefehl schrieb er:

„Das Programm unseres Führers Dr. Dollfuß war Österreich. Österreich ist deutsch und deutsch ist die Treue. Diese Treue hat die Sturmsharbewegung jedesmal als Gelöbnis für

⁵⁷ Sturm über Österreich vom 26. Juli 1936, 2.

⁵⁸ „nun erst recht zu beweisen, daß uns das Wort Treue kein Schlagwort, sondern Inhalt unseres ganzen Willens ist und daß wir auch in Zukunft unserem obersten Führer das ihm so oft zugerufene Wort Treue unbedingt halten werden.“ Ebenda.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Sturm über Österreich vom 22. Oktober 1933, 3.

ihren obersten Führer ausgedrückt. Kanzler Dollfuß! Wir halten Dir die ewige Treue, wenn Du auch tot bist. Die niederösterreichischen Sturmsharen werden für dein Programm so wie Du, mutig in Hingabe an das Vaterland auch bis zum letzten Blutstropfen die Wache an der Ostmark sein.“⁶¹

Die „ewige Treue“ beinhaltete für Figl auch die ewige Verehrung, weshalb, wie im „In memoriam“ bereits erwähnt, die Niederösterreichischen Sturmsharen unter Figl aktiv am Aufbau eines Dollfuß-Kults arbeiteten, indem sie ihm in Niederösterreich zahlreiche Bildstöcke, Kreuze, Denkmäler und letztendlich auch eine eigene Kirche errichteten. Diese Dollfuß-Kirche – die heutige Pfarrkirche Rekawinkel – wurde von den Sturmsharen aus eigenen Mitteln finanziert.⁶² Anlässlich ihrer Einweihung 1935 sprach Figl davon, dass „die Sturmsharenbewegung eine katholische Bewegung“ sei und die „Treue der Sturmsharen zum Herrgott ist die Treue zum Vaterland und zur Heimat Oesterreich begründet.“ So seien „Sturmsharen und Dr. Dollfuß [...] ein Begriff des Sichbekennens zur Heimat und des Bereitseins, für diese Heimat Opfer zu bringen.“ Wenn man „dieses Bekenntnis an den toten Führer“ ablege, so sei darin eingeschlossen „auch das unerschütterliche Bekenntnis zu unserem Sturmsharenführer Dr. Schuschnigg und seiner Regierung, in der Ueberzeugung und in dem Festen [sic!] Glauben, daß so wie Dr. Dollfuß auch, die Regierung Schuschnigg-Starhemberg nur Eines will, das Vaterland Oesterreich.“⁶³ Das von Figl zelebrierte Dollfußgedenken wurde von ihm so immer mit dem Aufruf zur Treue zum „Ständestaat“ und zum Dollfuß-Nachfolger Schuschnigg verbunden, welcher wiederum schon davor oberster Führer der Ostmärkischen Sturmsharen gewesen war. Die Niederösterreichischen Sturmsharen und Dollfuß waren eine ideologische Einheit. In einem Artikel über „Kampf und Aufstieg der n.-ö. Sturmsharen“ heißt es entsprechend auch: „Das Programm der niederösterreichischen Sturmsharen ist das Programm Dollfuß.“⁶⁴ Die Verbindung wurde auch auf symbolischer Ebene zelebriert. So war Alwine, die Ehefrau Dollfuß', Patin der Landesstandarte der Niederösterreichischen Sturmsharen.⁶⁵ Figl trat bei den Enthüllungen der verschiedenen Dollfuß-Denkmäler immer wieder selbst als Redner auf und nutzte die Veranstaltungen zur Propagierung seiner Positionen. So etwa anlässlich der Weihe einer Dollfuß-Gedenktafel in Atzenbrugg im Rahmen eines Bezirksappells der Sturmsharen. Hier wies Figl in einer Rede „auf die Liebe und Treue unseres Heldenkanzlers zum Vaterlande hin und zeigte Dr. Dollfuß als echten Tatkatholiken und Sturmsharman. Christlich, deutsch und Treue der Sturmsharfanne bis zum letzten Blutstropfen sei des

⁶¹ Salzburger Volksblatt vom 28. Juli 1934, 5.

⁶² Sturm über Österreich vom 20. Oktober 1935, 4.

⁶³ Tiroler Anzeiger vom 21. Oktober 1935, 3.

⁶⁴ Sturm über Österreich vom 16. Juni 1935, 12.

⁶⁵ Salzburger Volksblatt vom 28. Juli 1934, 5.

Sturmschirmannes Losung.“⁶⁶ Ähnlich bei einer Rede anlässlich der Enthüllung eines Dollfuß-Denkmal in Asperhofen bei St. Pölten.⁶⁷ Bei Sturmscharversammlungen hielt Figl auch Referate über die ständische Idee im Rahmen der Vaterländischen Front, in welcher die Niederösterreichischen Sturmscharen eine grundlegende Gruppe für sich bilden würden.⁶⁸

Mit der Dollfuß-Verehrung und der Treue zu dessen Programm sowie zum Nachfolger Schuschnigg ging auch die Rechtfertigung der Ausschaltung des Parlaments und des Verbots der Sozialdemokraten einher. Wenn Figl im „In memoriam“ von einer „politischen Befriedung“ und dem Ausschalten von „Parteizank und Hader“ spricht und wie der „Führer“ mit „starker Hand“ Österreich „gesunden“ und „erretten“ konnte, dann folgt er damit auch den Positionen der Ostmärkischen Sturmscharen allgemein. In einem Artikel über „Demokratie und Korruption“ in „Sturm über Österreich“⁶⁹ blickte man 1935 „auf das politische Leben der sogenannten ‚demokratischen Periode‘ des österreichischen Staates“ zurück. Sozialisten hätten den „formal-demokratischen Staat und seine Einrichtungen als Mittel zur Machtergreifung“ betrachtet, sich dann aber selbst dem Kapitalismus hingeeben. Neben der wirtschaftlichen habe auch die politische Korruption geblüht, zu der das Proporzsystem zählte. Die „schrakenlose Pressefreiheit“ sei im früheren Parteienstaat auch kein Schutz vor Korruption gewesen, denn Aufdeckungen ernsterer Art seien „trotz alles öffentlichen Parteigezänkes“ im gemeinsamen Interesse dem Volke verborgen geblieben. „Mit diesen Zuständen hat der von Dr. Dollfuß energisch ins Werk gesetzte autoritative Staatsumbau aufgeräumt.“ Die Grundlagen des früheren Systems seien also „in erster Linie schuld an den Mißständen“ gewesen. Da dem „Ständestaat“ „wegen der autoritären Führung eine weitaus höhere Verantwortung dem Volke gegenüber aufgebürdet ist wie der Demokratie“, darf er umso weniger „Tummelplatz eigensüchtiger, dem Staate schädlicher Privatinteressen“ werden.⁷⁰ Auch der Korneuburger Eid wurde von den Sturmscharen im Rückblick anders interpretiert. So bezeichnete man ihn 1934 als „Magna Charta des neuen österreichischen Ständestaates“ und als sein zweites Fundament. Man sah es von „eminenter Wichtigkeit, sich unbedingt klar zu diesem Gesetz einzustellen“, da es „den ersten schweren, ja tödlichen Schlag für das formaldemokratische Parteiwesen“ bildete und bereits mit „großen Grundzügen jene spätere Entwicklung“ forderte, die

⁶⁶ St. Pöltner Zeitung vom 25. Oktober 1934, 15.

⁶⁷ St. Pöltner Zeitung vom 8. November 1934, 16.

⁶⁸ Ostbahnbote vom 22. April 1934, Aus den Bezirken, 1.

⁶⁹ Sturm über Österreich vom 23. Juni 1935, 1.

⁷⁰ Ebenda.

inzwischen eingetreten war.⁷¹ Im gleichen Jahr postulierte man auch, dass die Ostmärkischen Sturmscharen „die Vorkämpfer für den Gottesstaat in unserem Österreich“ seien.⁷²

Noch bevor es zum „Ständestaat“ gekommen war, begann man in Figls Zeit in der Schriftleitung auch im „Bauernbündler“ Positionen zu vertreten, die das damalige demokratische System kritisch sahen und die Möglichkeit einer autokratischen Führung andachten. So heißt es 1932 einerseits zwar, dass „ein Bauernaufstieg nur in einer gesunden Demokratie möglich“ sei, andererseits merkt man aber an, dass diese Demokratie von anderen – gemeint sind zweifellos die Sozialdemokraten – zum Aufstieg missbraucht wurde. „Darum haben wir auch nie uns darauf festgelegt, daß ausgerechnet die heutige Demokratie die richtigste Plattform für unsere Zielstrebigkeit sei.“ So seien zwar politische Parteien und Personen vergänglich, weshalb man keinen Parteien- und Personenkult treiben wolle, doch ließ man sich die Möglichkeit der „Verehrung für Männer, die selbstlos dienen“, offen,⁷³ wie es sich später dann auch mit Dollfuß erfüllen sollte. Zum Ausdruck kam diese Einstellung dann öffentlichkeitswirksam zwei Jahre später. Kurz vor dem Bürgerkrieg, am 2. Februar 1934, veranstalteten die Bauern unter Figl als Bauernbunddirektor einen Bauernaufmarsch in Wien. Dieser stand unter dem Motto der Rettung von Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit und damit auch der Macht und des Einflusses des Bauernstandes. Bedroht sah man sich von „roten und braunen Sozialisten“, sah aber auch die „brave und bodenständige Arbeiterschaft Österreichs“ „insbesonders“ von der „jüdischen Führung des Marxismus“ bedroht.⁷⁴ Man wollte damit auch Signale an die Arbeiter senden, dass sie nicht ausgeschlossen werden sollten. In diesen „Tagen des Kampfes“ stellte man sich explizit hinter „unseren Führer Dollfuß“.⁷⁵ Der niederösterreichische Landeshauptmann Reither führte aus:

„Ihr Bauern habt heute den Beweis erbracht, dass ihr noch Liebe zum Vaterland, dass ihr noch ein Gefühl für Autorität habt, dass ihr gekommen seid, um unserer Regierung und der Bevölkerung zu zeigen, dass der Bauernstand hinter der jetzigen Bundesregierung steht und gewillt und entschlossen ist diese Regierung bis zu ihrem Endziel zu unterstützen und sie mit allen Mitteln zu fördern. Der heutige Aufmarsch der Bauern soll so ein sichtbares Bekenntnis zu Österreich und zu seinem Führer und Kanzler sein.“⁷⁶

Demokratie war Leopold Figl in den 1930er Jahren kein Anliegen. Es ging ihm um ein unabhängiges, eigenständiges Österreich, welches er von außen, allen voran von den deutschen

⁷¹ Sturm über Österreich vom 9. Dezember 1934, 1.

⁷² Sturm über Österreich vom 23. Dezember 1934, 1.

⁷³ Der Bauernbündler vom 2. Juli 1932, 1.

⁷⁴ Der Bauernbündler vom 1. Februar 1934, 1.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Ebenda, 2.

Nationalsozialisten, bedroht sah. Damit folgte er auch der Argumentation der anderen Vertreter des „Ständestaats“, die diesen Kurs als bestes Mittel zur Verteidigung propagierten.⁷⁷

Die Sympathien für Dollfuß hielten sich bei Figl auch nach dem Krieg. Laut Aufzeichnungen des US-Geheimdienstes OSS vom September 1945, sah Figl im „Ständestaat“ keinen Fehler und ärgerte sich darüber, dass von Karl Renner und anderen Sozialdemokraten der Begriff des „Dollfuß-Faschismus“ verwendet wurde. Diesen habe es in den Augen Figls aber nie gegeben, sondern Dollfuß sei „ein echter Demokrat“ gewesen.⁷⁸ Adolf Schärf schreibt davon, dass er bei Figl 1946 vorstellig wurde, „weil er immer wieder Dollfuß verherrlichte“. Zudem habe Figl nach dem Krieg Kurt Schuschnigg zu einem Stellvertreter oder Konsulenten des Leiters des Österreichinstituts in Rom ernennen wollen, um ihn so in den Genuss von Bezügen kommen zu lassen.⁷⁹ Später distanzierte sich Figl schließlich aber doch vom „Ständestaat“.⁸⁰

Antisemitismus und die Frage nach Österreichs Verantwortung für den Nationalsozialismus

Leopold Figl selbst trat allgemein nicht selbst als lautstarker Antisemit in Erscheinung, jedoch unterstützte er in verschiedenen Funktionen antisemitische Institutionen bzw. Inhalte. Im Juni 1925 war er als Vertreter der katholischen Minderheitsfraktion der Deutschen Studentenschaft an der Hochschule für Bodenkultur Wien einer von 18 Unterzeichnern eines Manifests, welches lautete:

„Alle großen deutschen Denker und Dichter haben die jüdische Gefahr erkannt und gewarnt! Alle bedeutenden deutschen Gelehrten warnen das deutsche Volk vor der sittlichen Orientalisierung und rassischen Judaisierung. Die Judenfrage ist ein ernstes wissenschaftliches Problem. Es ist daher nicht nur das Recht, sondern vor allem die Pflicht jedes deutschen Kulturmenschen, offenen und ungescheuten Judenabwehrkampf zu führen, da es eine Kulturnotwendigkeit ist. Philosemitismus führt zum Rassenchaos und zum Kulturtod – ist daher Kulturschande! Die Judengefahr verschweigen hiesse die Wahrheit verhüllen und die Unwahrheit vortäuschen.

Die versammelten Vertreter verwahren sich daher dagegen, dass sie in ihrer aufklärenden Tätigkeit und vaterländischen Erziehungsarbeit durch jüdischen Terror vergewaltigt werden sollen! Sie verwehren sich, dass die Wissenschaft durch eine falsche ‚Objektivitätstendenz‘ in rein jüdisch-subjektiver Weise missbraucht werden. Sie erheben dagegen schärfsten Einspruch, dass an den deutschen Hochschulen jüdischliberale Parteipolitik betrieben wird, sondern verlangen, dass an deutschen Lehr- und Bildungsstätten, an deutschen Kulturstätten deutsche Kulturpolitik beachtet und geachtet wird! Sie verlangen an freien deutschen Ort, das freie deutsche Wort! Sollte diesem Grundgesetze des Menschenrechtes,

⁷⁷ Vgl. Der Bauernbündler vom 1. Februar 1934, 1 f.; Programm der Niederösterreichischen Sturmchargen. In: Der Bauernbündler vom 4. Juni 1932, 1.

⁷⁸ Lackner, Der andere Figl; Rauchensteiner, Bundeskanzler, 30.

⁷⁹ Schärf, Österreichs Erneuerung, 156.

⁸⁰ Müller, Unser „Poldl“, 94.

sollte das staatsgrundgesetzlich gewährleitete Recht der Selbstbestimmung und Gleichberechtigung von der staatlichen Behörde nicht beachtet werden, so lehnen die Vertreter für alle Folgen die Verantwortung ab.“⁸¹

Die Hochschule für Bodenkultur war in dieser Zeit eine Hochburg der deutschnationalen Studenten.⁸² Die dortige Deutsche Studentenschaft schloss 1924 Juden von der Mitgliedschaft aus.⁸³ Ab 1923 kam es an den Wiener Universitäten immer wieder zu (gewalttätigen) Zusammenstößen und Aktionen der verschiedenen Studentengruppierungen.⁸⁴ Als an der Hochschule für Bodenkultur 1925 ausländische jüdische Studenten wieder zugelassen werden sollten, traten die Studenten am 14. Mai in den Streik.⁸⁵ In diesem Zusammenhang wurde im Juni das obige Manifest veröffentlicht. Die Katholisch-deutsche Studentenschaft, welcher Figl angehörte, war zu diesem Zeitpunkt die zweitstärkste Kraft in der Studentenkammer und kam auf vier Mandate im Vergleich zu den elf der Deutsch-völkischen Studentenschaft, welche 63 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte.⁸⁶

Abseits der bereits oben behandelten Funktion als Landesführer in der klar antisemitischen Ostmärkischen Sturmshar⁸⁷ lassen sich des Weiteren auch in Figls Zeit in der Schriftleitung des „Bauernbündlers“⁸⁸, der Zeitung des Niederösterreichischen Bauernbundes, mehrere – meist ohne Angabe eines Autors publizierte – antisemitische Artikel finden, für die er aufgrund seiner Funktion mitverantwortlich war. So vertrat der Bauernbündler u.a. die Position, dass die Juden durch ihr Verhalten selbst Schuld seien an den Aggressionen gegen sie. Am 16. Juli 1932 widmete sich der Leitartikel diesem „Gegendruck“. Darin wird vertreten, dass die Bauernnot „der jüdische Liberalismus verschuldete“. Die christlichsoziale Partei sei in ihrem Ursprung eine Auflehnung „gegen die judenliberale Vorherrschaft“ gewesen, „eine demokratische Volksbewegung, fußend auf dem ‚kleinen Mann‘, der zurückgedrängt, wirtschaftlich versklavt, sozial mindergewertet war.“ Weil sie diese Rolle vergessen habe, habe sie „einem radikalen Bekämpfer des jüdischen Liberalismus das Tor“ geöffnet, den Nationalsozialisten. Dieser könne nun „den wachsenden Antisemitismus für sich als Erfolg buchen“. Die Begrifflichkeiten ähneln jenem in „Sturm über Österreich“, wenn anschließend davon die

⁸¹ Archiv der Universität für Bodenkultur Wien, 577/1/1925, 16.6.1925. Hier zitiert nach: Ebner, Krise in Permanenz, 77 f.

⁸² Ebenda, 72 f.

⁸³ Ebenda, 74.

⁸⁴ Ebenda, 75 f.

⁸⁵ Ebenda, 76.

⁸⁶ Ebenda, 75.

⁸⁷ Siehe hierzu das obige Kapitel „Der Antisemitismus der Ostmärkischen Sturmsharen“.

⁸⁸ Leopold Figl hatte zunächst als Sekretär gemeinsam mit Bauernbunddirektor Josef Sturm die Schriftleitung inne und später selbst als Direktor gemeinsam mit seinem Stellvertreter Franz Oswald.

Rede ist, dass ein „Wiener ‚bodenständiger‘ Jude“ gesagt habe „Die Juden übertreiben heute, bei den Sozialdemokraten als Führer, als Gäste in Sommerfrischen. Das kann nicht gut enden.“ Was folgt, ist eine Täter-Opfer-Umkehr. Zwar meinte man, dass das, was „wir heute an Ausschreitungen der Hakenkreuzler erleben, kann kein Mensch verteidigen, nur verurteilen“, sprach dann aber davon, dass „sicherlich“ das „freche Vordringen der Juden mindestens eine Scheinberechtigung, sicherlich die jüdische Arroganz und Präpotenz auch eine teilweise wirkliche Berechtigung“ dafür seien. „Druck erzeugt Gegendruck ...“ Man führte weiter aus:

„Was an Zeitungsspott, an Bildern und Karikaturen, fast ausschließlich aus jüdischer Hand, was an Gift und Galle durch jüdische Anreger gegen jeden nicht roten Politiker verspritzt wird, muß zur Gegenwehr herausfordern. Daß diese Gegenwehr auch unsittliche Mittel anwendet, ist so verdammenswert, wie verständlich.“

Einen gleichen Gegendruck konstatierte man auf den Druck der Arbeiterführer. Die Ansicht der jüdischen Schuld am Antisemitismus war bereits in einem Leitartikel in 1931 zum Ausdruck gekommen, wo man ebenso davon sprach, dass die „geistige Bolschewisierung“ die deutschen Kulturzentren heimgesucht habe und „in großen Schichten des bodenständigen Bürgertums eine Empörung und ein Widerstand“ heraufbeschworen sein soll. So sei „das Anschwellen antisemitischer Strömungen, die im Nationalsozialismus zum Ausdruck kommen, psychologisch verständlich“. Es wurde angeführt, dass „viele anarchistische Theaterstücke in Berlin nicht nur unter dem Beifall, sondern auch unter der finanziellen Unterstützung jüdischer Bankkreise“ zur Aufführung gelangt seien. In diesen Stücken würde „alles was der erdrückenden Mehrheit des Volkes in seiner Geschichte und Lebensart heilig war, verächtlich gemacht und in den Kot gezerrt“ werden.⁸⁹

Der Bauernbündler zeigt in dieser Zeit auch den bauernspezifischen Antisemitismus, der sich um die Gefahr drehte, dass heimischer Grund und Boden in die Hände von Juden fallen könnte. Unter dem Titel „Hände weg von deutscher Scholle“ widmete sich im März 1932 ein „Von einem Ortsbauernrat“ verfasster Beitrag der Warnung vor der Ausnützung der damaligen wirtschaftlichen Not durch „schmutzige, spekulative Hände“. Ein „Feind“ der „schlau und verschlagen“ sei, trete „mit süßlichem Lächeln, verbindlichem Händereiben und wohlklingenden Geplapper“ an die Bauern heran und suche gezielt nach Bauern mit Wirtschaftssorgen. Die Ausführungen wurden dann konkret antisemitisch, wenn es heißt: „Mit seiner, von der Natur mit hervorragendem Schnüffelsinn ausgestatteten Judennase hat er bereits herausgebracht, daß du tief in Schulden steckst. Sein Feldzugsplan gegen dich ist bereits fertig in

⁸⁹ Der Bauernbündler vom 7. März 1931, 1.

seinem regen jüdischen Gehirn.“ Es folgten Ausführungen, wie man anschließend vom jüdischen Händler beim Erntekauf und Warenverkauf betrogen werden würde und wie einem „der Jude“ am Ende das wenige verbliebene Getreide vom Schüttboden nehmen würde. Man würde in „jüdische Klauen“ geraten, aber bis man die „wahren Absichten des Blutsaugers“ bemerke, sei es schon zu spät, da sei man bereits „diesem jüdischen Geldsack mit Haut und Haaren ausgeliefert“. Am Ende würde einem der Jude den Hof abnehmen. Laut Text beruhe dieses Beispiel auf Wahrheit und man fragte, was nun „gegen die Verjudung von Grund und Boden zu machen“ sei. Der „deutsche Bauernwille müsse dem verderblichen jüdischen Einfluß die harte Bauernstim bieten und die jüdischen Fesseln sprengen“. Hierfür seien die genossenschaftlichen Lagerhäuser gut, wie auch die Raiffeisenkassen, wo man einen „christlichen Zinsfuß“ erhalte. Es folgte ein Aufruf an die Bauern bei einem notwendigen Verkauf zusammenzulegen und das Grundstück zu kaufen, um es vor „den jüdischen Klauen“ zu schützen. Der Artikel schloss mit „Der Bauernbund ist Schutz und Wehr, für deutscher Bauern Recht und Ehr“.⁹⁰

In dieselbe Kerbe schlagen Berichte über ein Ereignis Anfang 1938. Im Jänner 1938 befürchtete man einen Zuzug von Juden aus dem Osten, nachdem diese in Rumänien ausgewiesen worden waren. Man sah die Juden nun in Richtung Österreich ziehen. Aufgrund der eigenen hunderttausenden Arbeitslosen müsse man sich „dagegen wehren, daß Österreich als Siedlungsgebiet der aus anderen Ländern ausgewiesenen Juden angesehen wird.“⁹¹ Der Bauernbündler sprach das gleiche Thema ein Monat später im Zuge der Berichte über die Verhandlungen des „Ausländergesetzes“ nochmals an. So sei es der Fall, dass „in der letzten Zeit Juden aus Rumänien in unserem Lande herumfahren und versuchen Grundbesitz zu erwerben“. Die eigenen Grundverkehrskommissionen würden aber „ein wachsames Auge haben, daß kein Joch österreichischen Bodens diesen zugereisten Juden überlassen wird.“ Man schloss mit „Daher rasch heraus mit dem Ausländergesetz zum Schutze des heimatlichen Bodens.“⁹²

Ein weiteres Beispiel für den aufs bäuerliche Leben bezogenen Antisemitismus in Figls Zeit in der Schriftleitung des „Bauernbündlers“ ist der Abdruck der Ausführungen des damaligen Direktors der Ackerbauschule Weigelsdorf, Karl Wenk. Dieser sprach bezüglich Händlern für Nahrungsmittel für Vieh davon, dass das Geld im Bauernhause karg und es daher schade sei, wenn

⁹⁰ Der Bauernbündler vom 12. März 1932, 3.

⁹¹ Der Bauernbündler vom 29. Jänner 1938, 1.

⁹² Der Bauernbündler vom 12. Februar 1938, 2.

„man es einem gewissenlosen Lumpen für einen wertlosen Plunder geben würde, damit irgend ein Jude und seine Schickse davon leben können. Immer wieder kommen die krummnasigen und plattfüßigen Agenten in unsere Bauerndörfer [...]“⁹³

Die Ausführungen über Juden im „Bauernbündler“ zeigen allgemein das Bild eines Ausschlusses dieser aus der „Volksgemeinschaft“. So sprach der Leitartikel in der Ausgabe vom 28. Mai 1932 über die „Schicksalsstunde“ davon, dass man durch „Zusammenarbeit aller heimatliebenden Volksgenossen wes Standes immer“ die „volksfremden Nutznießer unserer Not“ ausschalten könne, „denn ‚Antisemitismus‘ heißt wahrlich nicht, über die Juden meutern, sondern sie ausschalten, überflüssig machen.“⁹⁴ Wie bei den damaligen katholisch geprägten Institutionen und Publikationen üblich, distanzierte man sich von den gewalttätigen Ausschreitungen der Nationalsozialisten gegen die Juden, vertrat gleichzeitig aber selbst einen ausgeprägten Antisemitismus bzw. forderte diesen sogar ein. Bezüglich eines christlichsozialen Volkstags in Wien sprach man 1932 davon, dass sich die Partei „nur ihrer einstigen Mittelstandspolitik und ihres gesunden Antisemitismus erinnern“ brauche, damit die Wiener wieder mitmachen würden.⁹⁵ Und während man die Juden nicht vernichten wollte, wollte man sie prinzipiell nicht im Land haben und sprach daher etwa in einer Kurzmeldung, die über die Forderung nach der Abschaffung des spanischen Dekrets von 1490 berichtet, das die sephardischen Juden aus Spanien ausgewiesen hatte, davon: „Übrigens empfehlen wir eine große Kollektion von Juden, die wir gerne abgeben [...]“⁹⁶. Ebenso vertreten war der christlichsoziale Antisemitismus gegen die jüdischen Kapitalisten sowie die jüdischen Anführer der Sozialdemokratie. Über letztere schrieb man, „wie niederträchtig die jüdischen Führer der Genossen verhetzen“⁹⁷. Man beschuldigte sie, das jüdische Großkapital zu schützen, wobei man als Grund sah:

„Weil es ihnen der Jude in der Sozizeitung täglich vorschreibt und weil es ihnen der jüdische Führer in den Versammlungen immer wieder vorsagt. Der Jude wird doch den deutschen Arbeiter nicht gegen den Juden hetzen, o, die halten zusammen, der jüdische Arbeiterführer und der jüdische Großkapitalist.“⁹⁸

Im gleichen Artikel bediente man sich auch wieder des Bildes der Juden als Volksfremde, indem man bezüglich Protesten der Sozialdemokraten schrieb: „Ausgerechnet auf die Kirchen

⁹³ Der Bauernbündler vom 20. Juni 1931, 3.

⁹⁴ Der Bauernbündler vom 28. Mai 1932, 1.

⁹⁵ Der Bauernbündler vom 22. Oktober 1932, 1.

⁹⁶ Der Bauernbündler vom 18. Juni 1931, 6.

⁹⁷ Der Bauernbündler vom 30. Mai 1931, 1.

⁹⁸ Ebenda.

und Klöster haben sie es abgesehen, auf deutsche Priester und Klosterschwestern, die Blut von unserem Blute sind, Söhne und Töchter unseres Volkes sind“⁹⁹.

Nachkriegszeit und Entschädigung der Juden

Nachkriegsaussagen Figls zeigen zumindest weiterhin negative Vorurteile gegenüber Juden, vor allem aber auch einen starken Widerwillen, den besonderen Opferstatus der Juden im NS-Regime anzuerkennen. Als 1947 im Ministerrat Entschädigungszahlungen diskutiert wurden, sagte Figl: „Die Juden wollen halt rasch reiche Leute werden. Die Österreicher sind nicht so geschäftstüchtig“, und ließ dieser Aussage folgen: „Richtig ist jedoch, dass nirgends so wenig Antisemitismus festzustellen ist wie in Österreich und in keinem Land das Volk von einer solchen Duldsamkeit ist wie bei uns.“¹⁰⁰ Es ist charakteristisch für Figls Umgang mit der Rolle Österreichs während der NS-Zeit, dass er jegliche nationale Verantwortung für die Gräueltaten ablehnte und Österreich stattdessen als reines Opfer des Nationalsozialismus sah. Die Zeit des Nationalsozialismus in Österreich war für ihn eine „deutsche Besetzung“ und „eine uns völlig wesensfremde und wesensfeindliche Tyrannei“, während der man in Österreich immer „Österreicher geblieben“ sei.¹⁰¹ In seiner Abgrenzung Österreichs zu Deutschland bzw. den Nationalsozialisten scheute er auch vor völkischen Argumenten nicht zurück. Besonders präsent sind diese in seinem im Dezember 1945 erschienenem Text „Was ist Österreich?“¹⁰², in dem er neben einer verklärenden Darstellung Österreichs voller historischer Bezüge auch anführt, dass Forscher „im Preußentum wesentliche Reste rassischer Durchsetzung mit mongolischen Elementen“ festgestellt haben wollen, wobei er selbst derlei Rassenforschung im Anschluss als Spielerei ablehnt.

Diese Einstellung wirkte dann auch auf seine Positionen gegenüber der Entschädigung von Jüdinnen und Juden zurück. Die Regierung wollte grundsätzlich die „schweren finanziellen und moralischen Verluste“ der jüdischen Bevölkerung ersetzen. Angesichts der vielen Ersatzansprüche scheute man aber davor zurück, die Art des Ersatzes festlegen. Darüber hinaus vertrat man die Position, dass man „weder Ausnahmen noch Bevorzugungen“ gegenüber den

⁹⁹ Der Bauernbündler vom 30. Mai 1931, 1.

¹⁰⁰ Protokolle des Ministerrates, Kabinett Leopold Figl I, Ministerratsprotokoll vom 14.1.1947, 284. Vgl. Lackner, Der andere Figl. Was Figl mit „Duldsamkeit“ meinte, ist unklar. Dieser Begriff im Zusammenhang mit Antisemitismus würde zur im „Ständestaat“ verbreiteten Ansicht passen, dass dieser eine Reaktion auf das Verhalten der Juden sei, wie es auch die Ostmärkischen Sturmcharen und der Bauernbündler vertraten, doch lässt sich nicht feststellen, ob Figl hier „Duldsamkeit“ in diesem Sinne meinte.

¹⁰¹ Leopold Figl. Ansichten, 79 und 93 f.

¹⁰² Österreichische Monatshefte vom 1. Dezember 1945.

Jüdinnen und Juden zulassen könne, auch wenn man alles tun wolle „um die überlebende jüdische Bevölkerung im Rahmen des Möglichen zu entschädigen.“¹⁰³ Da für Figl Österreich nicht für den Holocaust verantwortlich war, waren Juden aus österreichischer Sicht auch nur eine Opfergruppe von vielen. Er und die Regierung vertraten den Ansatz der Gleichbehandlung der Opfer: „Wir wollen nur Österreicher sein, ganz gleich welcher Religion oder Rasse wir angehören. Für uns darf es keinen Unterschied geben“.¹⁰⁴ Es scheint dabei allerdings auch falsche Vorstellungen über die Opferzahl unter der jüdischen Bevölkerung gegeben zu haben. Als 1952 über die Restitution diskutiert wurde und die Frage auf die Anzahl der von den Nationalsozialisten ermordeten österreichischen Jüdinnen und Juden kam, meinte Figl, dass es „nicht so viele“ seien, da die größten Massaker erst 1942 begonnen hätten und die meisten von ihnen bis dahin bereits emigriert gewesen wären. Als die Kultusgemeinde dann auf Anfrage die Zahl 60.000 nannte, sei das für die meisten der Anwesenden eine Überraschung gewesen.¹⁰⁵

Mit der Forcierung dieses Opfermythos war Figl in seiner Zeit alles andere als allein. Er war aber einer der prominentesten Vertreter dieser Position. Gemeinhin wird argumentiert, dass er hier seine persönliche Erfahrung als tatsächliches Opfer des NS-Regimes auf das ganze Land übertrug.¹⁰⁶ Am folgenreichsten war diese Gleichsetzung, als er sich in der letzten Verhandlungssitzung über den Staatsvertrag erfolgreich dafür einsetzte, die Passage über die (Mit-)Verantwortung Österreichs für die Verbrechen des Nationalsozialismus aus diesem zu streichen und das auch explizit mit dem KZ-Schicksal seiner Kameraden argumentierte.¹⁰⁷

Rezeption

Leopold Figl ist der wohl mythenumwobendste Politiker der Zweiten Republik.¹⁰⁸ Es lässt sich sogar argumentieren, dass er den Status eines österreichischen Nationalhelden hat, was sich auch darin zeigt, dass zu ihm nahezu kein öffentlicher Gegendiskurs existiert.¹⁰⁹ Eine objektive Betrachtung seiner Person gestaltet sich dadurch umso schwieriger. Wenn Trost schreibt, „Figl und dieses Österreich damals waren eins [...] Für die Welt repräsentierte dieser

¹⁰³ Stellungnahme Figls zu Wiedergutmachungsplänen in: Wiener Kurier vom 20. Jänner 1946, 1.

¹⁰⁴ Wiener Zeitung vom 22. Juli 1946.

¹⁰⁵ Lackner, Der andere Figl.

¹⁰⁶ Wohnout, Mitschuld Klausel, 247. Da von den 17 Mitgliedern der ersten Nachkriegsregierung 14 in der NS-Zeit politisch verfolgt worden waren, war Figl nicht der einzige Politiker, der den Opfermythos begünstigte. Vgl. ebenda, 247–248.

¹⁰⁷ Ebenda, 246.

¹⁰⁸ Lackner, Der andere Figl.

¹⁰⁹ Müller, Unser „Poldl“, 153.

mutige kleine Mann den Widerstandsgeist und den Unabhängigkeitswillen der jungen Republik“¹¹⁰, dann ist das weniger eine Darstellung Figls, wie ihn die Welt oder auch nur die Österreicher selbst damals sahen, sondern mehr, was die österreichische Gesellschaft in den Jahrzehnten nach seinem Tod in ihm sah und weitgehend auch noch immer sieht. Er wurde zur Inkarnation des „Neuen Österreich“ nach dem Krieg, was gleichzeitig eine Distanzierung zum „deutschen“ Faschismus und Nationalsozialismus bedeutete.¹¹¹ Mit der Erhöhung der Person Figl ging auch eine Verklärung einher, die davon begünstigt wurde, dass bis heute gemessen an seinem Status in Österreichs Geschichte vergleichsweise wenige wissenschaftliche Werke über sein Wirken und auch noch keine tatsächlich wissenschaftliche Gesamtbiographie existieren.¹¹²

Der aktuelle Mythos um Figl brauchte allerdings erst Zeit um sich zu entwickeln. Zwischenzeitlich stand er selbst innerparteilich in der Kritik. 1953 wurde er als Bundeskanzler durch Raab ersetzt, was nicht nur auf dessen höhere parteiinterne Machtstellung zurückzuführen war, sondern auch auf wachsende parteiinterne Kritik an Figl sowie eine Sehnsucht der Partei nach einem „starken Mann“, als welcher Figl nicht galt.¹¹³ Unter der Kanzlerschaft von Josef Klaus wurde in der ÖVP seine „Politik mit dem Weinglas“ verdammt. Man sah ihn als negatives Gegenstück zu den unter Klaus vorherrschenden Bestrebungen nach einer Versachlichung und Verwissenschaftlichung der Politik.¹¹⁴ Auch während Figls aktiver Zeit war sein Ruf mitunter ein anderer. In einem amerikanischen Bericht über die Einschätzung der Lage und das Verhalten der Österreicher zu Jahresbeginn 1947 hieß es: „Die gegenwärtige Figl-Regierung hat wenig Prestige in Österreich, da angenommen wird, dass sie noch ohnmächtiger sei, als dies tatsächlich der Fall ist.“

„Figl selbst genießt wahrscheinlich das Vertrauen der Landbevölkerung, doch bei der Bevölkerung der Großstadt wird er – obwohl es keine direkten Presseangriffe gegen seine Person gibt – als glückloses (politisches) Leichtgewicht eingeschätzt. Man neigt dazu, ihn lächerlich zu machen, wie generell zu beobachten ist, dass es Österreich am nötigen Maß der Selbstachtung fehlen lässt.“¹¹⁵

Mit 1947 stammen diese Bemerkungen allerdings noch aus der Frühzeit von Figls Nachkriegskarriere und es ist festzuhalten, dass er bei seinem Tod sehr wohl eine große Popularität

¹¹⁰ Trost, Figl von Österreich, Auflage 1985, 6.

¹¹¹ Müller, Unser „Poldl“, 47 f.

¹¹² Ebenda, 81. Einzelne Aspekte bzw. Perioden wurden bereits wissenschaftlich behandelt. Die bekanntesten Biographien über Figl, jene von Ernst Trost und Susanne Seltenreich, entsprechen aber in unterschiedlichem Ausmaß nicht modernen wissenschaftlichen Standards.

¹¹³ Vgl. Binder, Julius Raab und Leopold Figl, 89.

¹¹⁴ Müller, Unser „Poldl“, 79.

¹¹⁵ Zitiert nach Rauchensteiner, Sonderfall, 195.

innerhalb der österreichischen Bevölkerung genoss. Das zeigte sich auch darin, dass bei seinem Staatsbegräbnis hunderttausende Menschen dem Trauerzug beigewohnt haben sollen.¹¹⁶

Im Diskurs über Figl erfährt seine politische Karriere vor dem Zweiten Weltkrieg in der Regel eine vergleichsweise kurze Behandlung, mit einer korrespondierend geringen Problemmatisierung. Martin Müller hat die in den Behandlungen aufscheinenden Erklärungs- und Entschuldungsmuster herausgearbeitet. So wird Figls Rolle im „Ständestaat“ im Diskurs insofern positiv besetzt, als dass man seine Entscheidungen in dieser Zeit als Entscheidungen für Österreich interpretiert – Entscheidungen für den Faschismus, aber gegen den deutschen Nationalsozialismus.¹¹⁷ Einer anderen Strategie bedient sich Ernst Trost, der für die Zeit des „Ständestaats“ zwischen Figls öffentlichem Auftreten und seinem angeblich wahren Charakter differenziert und damit seine Taten relativiert.¹¹⁸ Entsprechend ist für ihn Figl auch „sicher nicht [...] fanatisch und begeistert“ in den Bürgerkrieg gegangen.¹¹⁹ Diese Ansicht teilen die anderen über Figl schreibenden Autoren. So führt Peter Pelinka bezüglich Figl aus: „zum Unterschied von vielen seiner Parteikollegen [war Figl] auch weitgehend gegen die autoritären Versuchungen der Zwischenkriegszeit immun [...] Ihm konnte niemand eine enge Verbundenheit mit dem ehemaligen austrofaschistischen Regime nachsagen.“¹²⁰ „Er war nie ideologisch überzeugter Vertreter jenes ‚vaterländisch‘-autoritären Kurses gewesen.“¹²¹

„Figl, der zu Beginn seiner Laufbahn die Protektion von Dollfuß genoss, streifte zum Unterschied von Raab nie an der prinzipiell antidemokratisch ausgerichteten Heimwehr-Bewegung an [...] Dennoch blieb Figl auf relativ gemäßigten Kurs – und machte dennoch auch nach der Ermordung von Dollfuß durch die Nazis in der Ära des Dollfuß-Nachfolgers Kurt Schuschnigg Karriere.“¹²²

Figl wird in der Regel in eine Gruppe mit dem niederösterreichischen Landeshauptmann Josef Reither gestellt:

„Unter dem Obmann Josef Reither, später Landeshauptmann, fungierte der niederösterreichische Bauernbund bis zur Ausschaltung der Demokratie 1933 und auch noch danach als Ansprechpartner für Teile der zerschlagenen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Insbesondere in Niederösterreich, wo sich um Josef Schneidmadl und dem ehemaligen Reither-Stellvertreter Oskar Helmer ein starker rechter Flügel in der Sozialdemokratischen Partei gesammelt hatte. Reither und Figl hatten dorthin auch nach 1934 noch Kontakte.“¹²³

¹¹⁶ Mosser-Schuöcker, Leopold Figl, 232.

¹¹⁷ Müller, Unser „Poldl“, 93.

¹¹⁸ Ebenda, 94–95.

¹¹⁹ Trost, Figl von Österreich, 90 f.

¹²⁰ Pelinka, Österreichs Kanzler, 19.

¹²¹ Ebenda, 20.

¹²² Ebenda, 22.

¹²³ Ebenda, 21.

Fakt ist, dass Figl und auch Reither zeitgenössisch als „Demokraten“ gesehen bzw. beschimpft wurden. Diese verächtlich gemeinte Zuschreibung kam von Heimwehrleuten des Heimatschutzes, die die „Errichtung eines fascistischen Oesterreich“ wollten¹²⁴ und für die sowohl die Vaterländische Front als auch die Sturmsharen „neue Gewächse der absterbenden, demokratischen christlichsozialen Partei“ und die Niederösterreichischen Sturmsharen „nichts anderes, als eine Wehrformation des christlichsozialen Bauernbundes“ waren. Sie unterstellten Figl eine „demokratische Gesinnung“¹²⁵, wobei „Demokratie“ hier nicht im heutigen Verständnis gemeint ist, da dieser Begriff auch im späteren „Ständestaat“ noch genutzt wurde.¹²⁶ Ähnlich äußerte sich die Bezirksführung Stockerau des Heimatschutzes, die schrieb: „[die] niederösterreichischen Sturmsharen sind Parteigarde der christlichsozialen Partei. In ihrem Kern setzen sie sich aus der ehemaligen Raab-Heimwehr zusammen“. Das „Schicksal der demokratischen Parteien“ könne „auch von dieser ‚Vaterländischen Front‘ nicht mehr gerettet werden“ und „die Parteiführer und Nutznießer des bisherigen Systems“ müssen „mit aller Rücksichtslosigkeit bekämpft werden“.¹²⁷ Figl und Reither würden sich gegen die faschistische Zielsetzung des Korneuburger Programms und damit gegen den Heimatschutz stellen. Reither unterstellten sie auch eine besondere Nähe zu den Sozialdemokraten. Aus diesem Grund akzeptierten die Autoren des Angriffs auch die Niederösterreichischen Sturmsharen nicht als Teilorganisation der Ostmärkischen Sturmsharen.¹²⁸ Figl wurde also von jenen, die explizit den Faschismus forderten, als Gegner gesehen.¹²⁹

Dass er hingegen eine autoritäre Führung nicht ablehnte, zeigt seine ungehemmte Dollfußverehrung, für welchen er auch nach dem Krieg noch Sympathien bekundete. Auch die Sturmsharen, deren Landesführer er war, vertraten explizit antidemokratische Positionen und verstanden sich als Bewahrer des Dollfuß-Kurses, welchem er auch persönlich laufend seine Treue gelobte. Die Artikel, die unter Figls Führerschaft im „Bauernbündler“ erschienen, stützen ebenso nicht unbedingt das Bild eines Politikers, der immun war gegen die zitierten „autoritären Versuchungen der Zwischenkriegszeit“. Dass Figl in seiner Zeit trotzdem nicht als fanatischer Vertreter des „Ständestaats“ bzw. dessen radikalster Fraktionen gegolten hat, lässt sich allerdings auch damit argumentieren, dass die Vertreter von SPÖ und KPÖ ab 1945 ohne

¹²⁴ Arbeiterzeitung vom 24. Dezember 1933, 5.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Vgl. hierzu die Biographie von Julius Raab.

¹²⁷ Süddeutsches Tagblatt vom 8. Jänner 1934, 1.

¹²⁸ Alpenländische Morgen-Zeitung vom 9. Jänner 1934, 2. Anzumerken ist, dass die Alpenländische Morgen-Zeitung von (illegalen) Nationalsozialisten herausgegeben wurde. Vgl. Literatur in Österreich 1938–1945, 187–188.

¹²⁹ Das erklärt sich auch aus der bereits oben beschriebenen Entstehungsgeschichte der Niederösterreichischen Sturmsharen.

Weiteres bereit waren mit ihm zusammenzuarbeiten. Diese Nachkriegszusammenarbeit wiederum stellt ein weiteres Kapitel in Figls Mythenbildung dar.

Figl als Gründervater der Zweiten Republik

Figl genießt den Ruf, ein politischer Brückenbauer gewesen zu sein. Die Bildung einer Konzentrationsregierung nach der Wahl von 1945 wird oft als Ergebnis eines Bestrebens Figls hingestellt und damit auch der Mythos des „Geists der Lagerstraße“ untermauert. Wenig Beachtung findet in derartigen Darstellungen die politische Situation, in der sich Figl und Österreich als Ganzes damals befanden. Die österreichische Politik und Regierung waren völlig von den Alliierten abhängig. Unter diesen pochten besonders die Amerikaner auf diese Art der Regierung. Der für Österreich zuständige General Clark hatte die Anweisung, notfalls direkt auf die Parteiführer einzuwirken, um eine Koalitionsregierung zu erreichen. Das amerikanische State Department war der Meinung, dass diese bis zum Ende der militärischen Besetzung Österreichs opportun wäre. Die Motivation hierfür lag in der Ansicht, dass eine derartige Regierung die Beziehungen unter den vier Alliierten erleichtern würde, da eine ÖVP-Alleinregierung den Eindruck einer antisowjetischen Politik entstehen lassen könnte. Deshalb wollte man auch, dass eine kommunistische Vertretung Teil des Kabinetts ist. Man sprach davon, dass sich die Parteien der gemeinsamen Interessen bewusst sein sollen und sah es als wünschenswert an, dass Karl Renner zum Bundespräsidenten gemacht wird, um Kontinuität zur Provisorischen Regierung zu wahren.¹³⁰ Die Amerikaner unterstrichen ihre Forderung nach einer Großen Koalition nochmals 1949 anlässlich der Bundespräsidentenwahl, wo sie kommunizierten, dass der Fortbestand der amerikanischen Freundschaft von einem Fortbestand der bisherigen Regierungskoalition abhängig sei.¹³¹

Figls Konzentrationsregierung war damit zwar wohl eher der politischen Situation geschuldet, als reines Produkt seiner persönlichen Überzeugung zu sein, doch lässt sich nicht bestreiten, dass er in den Nachkriegsjahren einen konsequenten Versöhnungskurs verfolgte, was die ehemals verfeindeten großen politischen Lager betraf. Figl soll den Bürgerkrieg als eine der großen Katastrophen der jüngeren österreichischen Geschichte angesehen haben. Deshalb sollen seine Nachkriegsreden so stark auf Verständnis und Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung Wert gelegt haben. Er verzichtete darin auch auf Schuldzuweisungen,

¹³⁰ Rauchensteiner, Sonderfall, 135.

¹³¹ Ebenda, 303.

wohl weil er den Streit nicht neu aufkochen lassen wollte.¹³² In seiner Gedenkrede zum 12. Februar 1934 sagte er 1946:

„Wir haben uns in diesen schweren Tagen des ersten Wiederaufbaues gemeinsam zusammengesetzt, um unser neues Haus zu bauen [...] Wir haben nicht gefragt, wo jeder stand, wir haben nur eines gefragt, ob er damals im Jahre 1934 Österreich wollte, ob er inzwischen an diesem Österreich einen Verrat übte und ob er jetzt wieder dieses Österreich will.“¹³³

Diese Passage beinhaltet gleich zwei Kernpunkte von Figls Nachkriegspositionen. Zum einen, dass 1934 beide Parteien das Beste für Österreich wollten und der Unterschied vor allem in den unterschiedlichen Ansichten lag, wie dieses zu erreichen ist. Die Schuldfrage bei 1934 sah er als ungeklärt an und verschob ihre Klärung auf die spätere „objektive Geschichte“. Er rang sich lediglich das Eingeständnis ab, dass „auf beiden Seiten Fehler geschahen, schwere Fehler“ und führte das Korneuburger Programm an, nicht ohne jedoch relativierend das sozialdemokratische Linzer Programm zu nennen. Für ihn war der 12. Februar jener Tag, „da Menschen einander gegenüberstanden, die das gleiche wollten, nämlich die Freiheit und die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes, und die für das gleiche kämpften, nämlich für Österreich“¹³⁴. Entsprechend waren sie für ihn auch alle Beteiligte beider Seiten, „Helden und Märtyrer für Österreich“.¹³⁵

Wenn Figl diesen „Helden“ dann jene, die an „diesem Österreich einen Verrat“ übten, gegenüberstellt, war das Ausdruck seiner rigorosen Verurteilung der (österreichischen) Nationalsozialisten. In seiner Regierungserklärung 1945 forderte er:

„Nazis müssen aus der Verwaltung entfernt werden. Nazistischer Geist muss rücksichtslos entfernt werden. Dabei kommt es uns nicht auf die kleinen einfachen Mitglieder an [...] sondern auf jene Kreise, die oft nicht einmal der NSDAP angehörten, aber viel schlimmer und gefährlicher den imperialistischen-nazistischen Geist, den autoritären Geist einer Sonderklasse vertreten haben.“¹³⁶

Während auch er zwischen Minderbelasteten und Belasteten differenzierte, trat er mitunter für schärfere Kriterien ein, etwa als er im April 1945 forderte, nicht nur Mitglieder der NSDAP, SS und SA zu registrieren, sondern auch die aller Wehrverbände sowie Förderer und Anwärter zur NSDAP.¹³⁷ Er sah in den Bemühungen der Regierung um die Rehabilitierung der Mitläufer durchaus die Gefahr, den überzeugten Nationalsozialisten falsche Signale zu senden

¹³² Bruckmüller, Landeshauptmann, 63.

¹³³ Gedenkrede Figls zum 12. Februar 1934, in: Wiener Zeitung vom 13. Februar 1946, 1.

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Ebenda.

¹³⁶ Zitiert nach Pelinka, Österreichs Kanzler, 30 f.

¹³⁷ Ebenda.

und wollte diese unnachsichtig verfolgt sehen.¹³⁸ Die Realpolitik sah dann allerdings merklich anders aus. Figls persönlicher Überzeugung zum Trotz waren es die Alliierten, die bei der oben zitierten Regierungserklärung darauf bestanden, dass nicht nur eine allgemeine „Ausrottung des nazistischen Gedankenguts“ Regierungsziel war, sondern ehemalige Nationalsozialisten auch aus der Verwaltung entfernt werden sollten.¹³⁹ Figl selbst betonte allerdings, dass die Entnazifizierung nicht nur der Wunsch der Alliierten sei, sondern auch aus eigener Überzeugung betrieben werde.¹⁴⁰ Innerparteilich war die Opposition gegen die Integration ehemaliger Nationalsozialisten merklich geringer, besonders in den späten 1940er Jahren. 1949 verhandelte Julius Raab im Alleingang mit ehemaligen Nationalsozialisten in Oberweis bei Gmunden über deren Integrierung in die ÖVP, was gleichzeitig auch Symbol für dessen große innerparteiliche Macht war.¹⁴¹ Figls ambivalenter Kurs hinsichtlich der Politik gegenüber den ehemaligen Nationalsozialisten als auch seine Einstellung zum „Ständestaat“ zeigten sich auch im Umgang mit dem Nationalökonom Josef Dobretsberger. Dieser war nach dem Krieg aus der Emigration zurückgekehrt und sah sich prinzipiell als Anwärter für hohe Regierungsämter. 1948 kritisierte er jedoch innerhalb des katholischen Cartellverbandes den „Ständestaat“, was Figl und Raab gegen ihn aufbrachte. Infolge von Raabs Gesprächen in Oberweis trat Dobretsberger 1949 aus der ÖVP aus und wurde Obmann der Demokratischen Union, wohin ihm auch andere Mitglieder des CV folgten, die in der Versöhnungspolitik der ÖVP gegenüber den ehemaligen Nazis einen Verrat sahen. Für derartige Dissidenten sahen Figl und Raab innerhalb des CV keinen Platz. Nachdem ein Reintegrationsversuch Dobretsbergers in die ÖVP gescheitert war, sorgten sie deshalb auch für dessen Ausschluss aus dem CV.¹⁴² Auch wenn damit insgesamt der politische Umgang Figls mit den ehemaligen Nationalsozialisten zwiespältig ausfällt, ließ Figl an seiner allgemeinen Ablehnung des Nationalsozialismus nie einen Zweifel. Geprägt durch seine persönlichen Erfahrungen war ihm das Andenken an die Gräueltaten der Nationalsozialisten bis zum Schluss ein Anliegen, was sich in seiner laufenden Teilnahme an verschiedenen Gedenkveranstaltungen ausdrückte.¹⁴³

¹³⁸ Die Bauern – Garanten der Demokratie. In: Wiener Zeitung vom 16. Jänner 1946.

¹³⁹ Rauchensteiner, Sonderfall, 142.

¹⁴⁰ Schärf, Österreichs Erneuerung, 156.

¹⁴¹ Trost, Figl von Österreich, 237.

¹⁴² Vgl. Binder, Julius Raab und Leopold Figl, 85 f.

¹⁴³ Wohnout, Mitschuld Klausel, 242.

Figl als Politiker

Beim Bild Figls als Politiker sind die Grenzen zwischen Realität, Mythos und Karikatur inzwischen bereits verschwommen. Wenige Publikationen und auch Schulbücher kommen ohne die Karikatur aus, die E. H. Köhler 1955 anlässlich der Staatsvertragsverhandlungen der österreichischen Delegation in Moskau schuf, mit ihrem bekannten Spruch „Und jetzt, Raab – jetzt noch d` Reblaus, dann sans Waach!“¹⁴⁴ In ihr manifestiert sich das Bild von Figl als volksnaher, bauernschlauer Politiker, der mit seiner unkonventionellen Art Österreich nach dem Krieg zur Freiheit verhalf. Figl steht für eine Volksnähe, die Elisabeth Ulsperger mit „Spontaneität und Improvisationsfähigkeit in seinem Handeln, und auch sein charakteristisches äußeres Erscheinungsbild (Sprache, Trachtenanzug, Trinkfreudigkeit bzw. -festigkeit) zeichneten diese Volksnähe aus“ charakterisiert.¹⁴⁵ In dieser Darstellung wurde Figl zum Vorbild eines Politikers des Volkes hochstilisiert, wobei seine Heroisierung Hand in Hand ging mit Kritik an späteren Politikergenerationen und einem allgemeinen Kulturpessimismus.¹⁴⁶ In einer Umfrage über Österreicher, auf die man stolz sein kann, lag er in der Rubrik Politiker noch vor Bruno Kreisky und Julius Raab an erster Stelle.¹⁴⁷ Viele Teile dieses Bildes bzw. seines Mythos halten einer Überprüfung jedoch nicht stand, darunter auch manche seiner bekanntesten Taten. Figl wird heute meist als Vater des Staatsvertrages gesehen, der diesen am Ende quasi dadurch erreichte, dass er die Sowjets unter den Tisch trank. Es war allerdings Julius Raab, dem die Hauptleistung beim Staatsvertrag zuzuschreiben ist.¹⁴⁸ Zu den finalen Verhandlungen des Staatsvertrages wollte Raab Figl ursprünglich gar nicht mitnehmen.¹⁴⁹ Bei diesen Verhandlungen führte Figls Intervention zwar dann zur Streichung der Mitverantwortung Österreichs für die Verbrechen des Nationalsozialismus – eine Streichung, die lange Zeit positiv¹⁵⁰, inzwischen aber kritisch gesehen wird – doch kam gerade Figls Weinseligkeit offensichtlich nicht gut an. Adolf Schärf berichtet davon, wie Figl sich bei einem Dinner so betrank, dass er noch vor dessen Ende zum Schlafen gebracht werden musste.¹⁵¹

¹⁴⁴ *Simplicissimus*, Jg. 1955, Nr. 17., 3.

¹⁴⁵ Ulsperger, Leopold Figl, 117.

¹⁴⁶ Müller, Unser „Poldl“, 52.

¹⁴⁷ Österreichs Lieux de mémoire, Umfrage des Fessel-GfK Instituts für Marktforschung, August 1998. Zitiert nach: Binder, Julius Raab und Leopold Figl, 79.

¹⁴⁸ Lackner, Der andere Figl. Vgl. auch Binder, Julius Raab und Leopold Figl, 91 f.

¹⁴⁹ Lackner, Der andere Figl.

¹⁵⁰ Susanne Seltenreich bezeichnete die ursprüngliche Formulierung auch 1980 noch als „diffamierend“. Seltenreich, Der Weg zum Staatsvertrag, 80.

¹⁵¹ Lackner, Der andere Figl.

Durch die verbreitete Inszenierung einer fast schon übermenschlichen Leistungskraft Figls wird darüber hinweggetäuscht, dass er in Wirklichkeit in seiner Handlungsfreiheit stark eingeschränkt war. In den ersten Nachkriegsjahren war das Land materiell und die Regierung politisch völlig von der Gunst der Alliierten abhängig. Und selbst innerhalb der ÖVP war Figl nach Raab eben nur die Nr. 2.¹⁵²

Obwohl es bei Figl oft nicht leicht ist, zwischen Fakt und Fiktion zu unterscheiden, lassen sich aber weder seine Bedeutung als Politiker noch seine Leistungen in den unmittelbaren Nachkriegsjahren leugnen. Figl kam in einem zerstörten, hungernden Land an die Spitze der Regierung und arbeitete in den Folgejahren unerlässlich daran, die Versorgung mit den lebensnotwendigen Dingen wiederaufzubauen und das in die Besatzungszonen geteilte Land politisch zu einen. Figl als Person ist dabei in der kollektiven Erinnerung untrennbar mit dem Nachkriegselend verbunden, was sich auch in der „Erinnerung“ an seine Weihnachtsansprache im Radio 1945 zeigt, die es – nach aktuellem Forschungsstand – wohl in dieser Form oder aber vielleicht überhaupt nie gegeben hat. „Ich kann euch zu Weihnachten nichts geben, ich kann euch für den Christbaum, wenn ihr überhaupt einen habt, keine Kerzen geben, kein Stück Brot, keine Kohle zum Heizen, kein Glas zum Einschneiden. Wir haben nichts. Ich kann euch nur bitten: Glaubt an dieses Österreich!“ Nach „Österreich ist frei!“ sind diese Sätze wohl jene Worte Figls, die sich am stärksten in das kollektive Gedächtnis der Österreicher eingegraben haben. Dass es sich bei der in Dokumentationen laufend genutzten Aufnahme nicht um eine aus 1945 handelt, sondern um eine von 1965, kurz vor Figls Tod, ist inzwischen soweit bekannt. Unbestritten ist, dass die Aufnahme 20 Jahre später auf Initiative von Journalisten aufgenommen wurde. Der Text wird als Rekonstruktion der ursprünglichen Rede angesehen, basierend auf einer sinngemäßen Zusammenstellung des damals Gesagten, kombiniert mit Figls damaliger Regierungserklärung. In ihren Formulierungen ist die heute bekannte Rede also das Werk der Journalisten.¹⁵³ Bei genauerer Betrachtung scheint allerdings nicht nur der Text der ursprünglichen Rede zu fehlen, sondern es ist nicht völlig ausgeschlossen, dass es diese in Form einer Rundfunkansprache überhaupt nie gegeben hat.¹⁵⁴ Wie Martin Müller in seiner Arbeit umfangreich ausführt, existieren basierend auf seinen Nachforschungen offensichtlich weder Dokumente noch Zeitungsartikel aus 1945, die eine Weihnachtsrede Figls im Radio belegen würden. Das ist insofern bemerkenswert, als damals regelmäßig über Figls Re-

¹⁵² Müller, Unser „Poldl“, 19, 157.

¹⁵³ Mosser-Schuöcker, Leopold Figl, 227–228; Lackner, Der andere Figl.

¹⁵⁴ Müller, Unser „Poldl“, 109, bezieht sich dabei auch auf Mayer, Lexikon der populären Irrtümer, 63 f.

den berichtet wurde, auch über weit weniger bedeutende als eine derartige Festtagsansprache.¹⁵⁵ Laut Müller besteht also die Möglichkeit, dass es keine Radioansprache Figls zu Weihnachten 1945 gab und die Rede in anderer Form gehalten wurde.

So kurios der Umstand von Figls Weihnachtsrede auch anmutet, passt die emotionale Inszenierung, die ihm darin widerfährt, genau in die Rolle, die man ihm und seiner Politik in der Nachkriegszeit zuschreibt. Oder wie es Elisabeth Ulsperger ausdrückt:

„Aus der historischen Perspektive heraus lassen sich Figls Prinzipien einer politischen Praxis aus den vorherrschenden Begleitumständen der Anfänge der Zweiten Republik interpretieren: Anscheinend verlangten die chaotischen Bedingungen der unmittelbaren Nachkriegszeit geradezu einen Politikertypus wie Figl, der durch persönliches Profil einer breiteren sozialen Basis eine Identifikationsmöglichkeit gab und der als Katalysator eines beginnenden österreichischen Nationsbildungsprozesses aufzutreten vermochte“¹⁵⁶.

Weiter führt sie aus:

„Sein besonderer – aus heutiger Perspektive gesehen – eher unkonventioneller Habitus erleichterte die politische Integration großer Teile der Bevölkerung, die sich durch die Erlebnisse des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus geprägt, sich bezüglich der ‚großen Politik‘ äußerst desillusioniert zeigten.“¹⁵⁷

Figl für damalige Verhältnisse „unkonventioneller“ Politikstil hatte allerdings auch bei den Alliierten Erfolg. Es kam ihm hier zu Gute, dass er durch seine persönliche Geschichte glaubhaft den österreichischen Opfermythos repräsentierte und seine politische Verfolgung durch die Nationalsozialisten brachte ihm in den Worten von Ernst Hanisch „symbolisches Kapital“ in seinen Beziehungen zu den Alliierten.¹⁵⁸ Während man den Faktor Alkohol in den Erzählungen zwar offensichtlich überbetont, scheint es der Wahrheit zu entsprechen, dass Figl zu den Sowjets überdurchschnittlich gute Beziehungen pflegte und von diesen insgesamt als verlässlich angesehen wurde, wie sein Ansehen bei den Besatzungsmächten auch allgemein gut gewesen sein soll.¹⁵⁹ Mit seinen guten Beziehungen zu den Sowjets war Figl dann auch in der Regierung Raab ein geeigneter Außenminister,¹⁶⁰ obwohl er keinerlei Fremdsprachen sprach.¹⁶¹

¹⁵⁵ Müller, Unser „Poldl“, 111. Vgl. Ebenda, 107–123.

¹⁵⁶ Ulsperger, Leopold Figl, 117.

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ Wohnout, Mitschuld Klausel, 243 f.

¹⁵⁹ Wohnout, Außenminister, 39; Trost, Figl von Österreich, 306–307.

¹⁶⁰ Rauchensteiner, Sonderfall, 319.

¹⁶¹ Pelinka, Österreichs Kanzler, 20.

Angestrebte Seligsprechung

Als vorläufigen Höhepunkt des Mythos Figl kann man die im Jahr 2020 begonnenen Bemühungen des St. Pöltner Bischofs Alois Schwarz sehen, Leopold Figl in der katholischen Kirche seligsprechen zu lassen. Da auf Figl zurückzuführende Wunder noch ausstehen, wird auf die zweite Grundlage eines Seligsprechungsverfahrens verwiesen: das Märtyrertum. Bischof Schwarz argumentiert, dass Figl aufgrund seiner christlichsozialen Haltung von den Nationalsozialisten ins KZ gesperrt wurde und nach dem Krieg schließlich an den Spätfolgen der dort erlittenen Misshandlungen verstarb und somit ein christlicher Märtyrer sei.¹⁶² Die rein (macht)politische Gegnerschaft der Christlichsozialen zu den Nationalsozialisten im Kampf um die Herrschaft über Österreich, samt daraus erwachsender umfangreicher öffentlicher Kritik der „Ständestaat“-Politiker am NS-Staat, findet in dieser Argumentation keine Erwähnung. Stattdessen werden Figls KZ-Haft und die damit verbundenen Qualen auf seine christliche Überzeugung zurückgeführt und die politische Komponente ausgeblendet.

Straßenbezeichnungen

Die Initiierung der Linzer Straßenbenennung erfolgte durch das Oberösterreichische Studentenwerk durch Anschreiben vom 1.3.1984.¹⁶³ Begründet wird sie in Bezug auf die nahe gelegenen, nach Karl Renner und Julius Raab benannten Straßen, mit der Argumentation, dass die genannten Personen zusammen mit Leopold Figl und Adolf Schärf „in gemeinsamer Arbeit die 2. Republik begründet und die demokratischen Einrichtungen gemeinsam aufgebaut haben“. Vizebürgermeister Carl Hödl unterstützte den Antrag in einem Schreiben an den Bürgermeister vom 15.03.1984, ebenfalls mit Bezug auf „ein Gedenken an die Gründung der Zweiten Republik und der Demokratie“. Bürgermeister Hugo Schanovsky genehmigte die Benennung am 2.4.1984, woraufhin die zehn Anrainer zwecks Zustimmung kontaktiert wurden, die von allen sieben Antwortenden ohne Einwand erteilt wurde. Der Beschluss der Straßenbenennung erfolgte in der Stadtsenatssitzung vom 12.7.1984.¹⁶⁴

Neben der Linzer Leopold-Figl-Straße existieren in ganz Österreich weitere 47 Verkehrsflächen, die nach ihm benannt sind, wobei sich 39 davon in Niederösterreich befinden.¹⁶⁵ Die größte örtliche Konzentration an Figl-Gedenkstätten befindet sich in Wien, wo es neben der

¹⁶² Der Standard vom 23. Dezember 2020. <https://www.derstandard.at/story/2000122733544/erster-bundeskanzler-der-zweiten-republik-soll-seliggesprochen-werden> (25.4.2022).

¹⁶³ AStL, Straßenakten, Straßenakt „Leopold-Figl-Straße“.

¹⁶⁴ AStL, StS-Protokolle, Protokoll der StS-Sitzung vom 12.7.1984.

¹⁶⁵ <https://www.statistik.at/statistik.at/strassen/> (16.2.2020).

Leopold-Figl-Gasse (1983) auch noch den Leopold-Figl Hof (1968) sowie ein 1973 enthülltes Denkmal auf dem Minoritenplatz gibt. Darüber hinaus wird am Haus Kundmannngasse 24 darauf hingewiesen, dass er hier zwischen 1937 und 1946 seinen Wohnsitz hatte.¹⁶⁶ In seinem Geburtsort Rust im Tullnerfeld ist ihm seit 1984 ein eigenes Museum gewidmet.

Leopold Figl wurde bisher – anders als etwa Julius Raab – in keiner der in anderen Städten durchgeführten Kommissionen über bedenkliche Straßennamen untersucht.

Zusammenfassung

„Leopold Figl gehört zu den bedeutendsten Symbolfiguren der Zweiten Republik. Der am 2. Oktober 1902 in Rust im Tullnerfeld geborene Bauernsohn steht für vieles – für eine tiefe Bindung an die engere und weitere Heimat, an die Landwirtschaft, den Bauernbund, aber auch an den katholischen Glauben. Er steht für eine klare Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und für ein ungeheures Engagement auch in den schwierigsten Zeiten des Wiederaufbaus dieser Republik. Er steht für den Kampf um die volle Unabhängigkeit Österreichs und für die Zusammenarbeit der großen politischen Kräfte.“¹⁶⁷

Diese von Gottfried Stangler anlässlich der Feierlichkeiten zu Figls 100. Geburtstag gesprochenen Worte illustrieren gut das Bild, das heute im kollektiven Gedächtnis der österreichischen Bevölkerung von Leopold Figl präsent ist. Wobei man argumentieren kann, dass man seiner Bedeutung für die österreichische Identität damit noch gar nicht gerecht wird, denn wie Martin Müller schreibt: „Er ist der typische Österreicher, der Österreicher schlechthin. Für den Diskurs ist Figl Österreich, er verkörpert ein ganzes Land, erfüllt also eine typische Heldenfunktion.“¹⁶⁸ Selten wird bei Politikern so oft zu Superlativen gegriffen, doch zumindest was seine Rezeption betrifft, sind bei Figl die Superlative durchaus angebracht. Der Mythos Figl sucht seinesgleichen, doch wie jeder Mythos, hält auch jener von Figl in vielen Punkten einer genaueren Betrachtung nicht stand. Spätestens nach seinem Tod setzte in Österreich eine Verklärung Leopold Figls ein. Man konzentrierte sich auf sein Schicksal im Nationalsozialismus und seine Rolle als Nachkriegspolitiker, besonders bei der Verhandlung des Staatsvertrages. Populäre Mythen über ihn, wie dass er die Sowjets mit Alkohol gefügig gemacht haben soll, sind bis heute Teil der österreichischen Geschichtsfolklore, auch wenn sie längst widerlegt wurden. Als Opfer des Nationalsozialismus sowie erfolgreicher Kämpfer für ein freies, unabhängiges Österreich personifizierte Figl das Geschichtsbild, das die ganze Nation Österreichs

¹⁶⁶ Binder, Julius Raab und Leopold Figl, 80 f.

¹⁶⁷ Stangler, Begrüßung, 12.

¹⁶⁸ Müller, Unser „Poldl“, 182. Hervorhebungen durch Müller.

von sich selbst vertrat und entsprechend gerne pflegte man den Mythos Figl und damit auch den des eigenen Landes.

Ungleich weniger behandelt wurde wohl auch deshalb seine Rolle im „Ständestaat“. In den diversen Publikationen hält man sich dahingehend kurz und in den sonst oft überschwänglichen Formulierungen ist man auffallend zurückhaltend. Dieses Kapitel aus Figls Biographie muss als nicht ausreichend erforscht bezeichnet werden. Aktuell existiert eine große Diskrepanz zwischen Figls bedeutsamer Stellung im „Ständestaat“ und dem – auch im Vergleich zu anderen Politikern – wohlwollenden Urteil der Nachwelt über ihn in dieser Zeit. Figl wird gewissermaßen als losgelöst von den negativen Aspekten des „Ständestaats“ betrachtet, obwohl er ein glühender und bedeutender Förderer desselben war und dessen autokratisches System voll unterstützte. Figl nutzte sowohl seine Funktionen im Bauernbund als auch als Landesführer der Niederösterreichischen Sturmscharen zur Förderung des „Ständestaats“. Als Landesführer der Sturmscharen stand er zudem nicht nur einer Organisation vor, die die parlamentarische Demokratie ablehnte, sondern die auch zutiefst antisemitisch war. Man wollte die Juden zwar nicht gewaltsam vernichten wie die Nationalsozialisten, betrachtete sie aber als getrennt von der österreichischen Volksgemeinschaft, hetzte massiv gegen sie und wollte sie als Volk gesellschaftlich auf allen Ebenen ausschalten. Obwohl nicht in seinem Namen erschienen, ist Figl auch in seiner Funktion in der Schriftleitung des „Bauernbündlers“ Mitverantwortung für die darin publizierten, zutiefst antisemitischen Artikel zuzuschreiben, und unter das antisemitische Manifest der Deutschen Studentenschaft setzte er 1925 als Studentenvertreter seine eigene Unterschrift.

Im Diskurs erfahren diese Aspekte von Figls „Ständestaat“-Karriere aktuell wenig bis keine Beachtung. Stattdessen wird diese Zeit aus der distanzierten, letztlich oberflächlichen Perspektive einer Rückbetrachtung interpretiert, wodurch sich für sein Wirken im „Ständestaat“ und in der Zweiten Republik die übergreifende Interpretation durchgesetzt hat, dass das Bestehen eines unabhängigen Österreichs Zeit seines Lebens Hauptanliegen und Triebkraft seiner politischen Arbeit war. Bei den Mitteln, dieses zu erreichen, war er wenig wählerisch und sah damit auch das undemokratische System des „Ständestaats“ als legitim an. Dieser Interpretation folgend blieb das Ziel für Figl immer das gleiche, der Weg dahin war nach 1945 jedoch ein merklich anderer als vor 1938. Das Erreichen eines freien Österreichs war ab diesem Zeitpunkt untrennbar mit dem Aufbau eines demokratischen Österreichs verknüpft und war von der Akzeptanz der Besatzungsmächte abhängig. Entsprechende Priorität erlangten dadurch nicht nur der Aufbau demokratischer Strukturen, sondern auch die Zusammenarbeit, der Ausgleich und die Verständigung mit den politischen Gegnern. Nicht nur entsprach das

einer expliziten Forderung der Amerikaner, man brauchte auch die Mithilfe der anderen Parteien, um die ideologisch diversen Besatzungsmächte, allen voran die Sowjetunion, überzeugen zu können. Figls Motivation mag ursprünglich vielleicht also keine intrinsische gewesen sein, jedoch verkörperte er die Politik des Ausgleichs und der Zusammenarbeit in der Folge glaubwürdig.

Essentiell für die Erlangung der Unabhängigkeit Österreichs war dabei auch die Abgrenzung zum Nationalsozialismus. Figl war – wie auch die anderen Mitglieder des „Ständestaats“ – schon vor dem Anschluss vehementer Gegner der Nationalsozialisten, was sich auch in seiner sofortigen Gefangennahme nach deren Machtergreifung zeigte. Es wird angenommen, dass seine persönlichen Erfahrungen als Opfer dieses Regimes auch seine Ansichten bezüglich der Opferrolle Österreichs prägten. Als es nach dem Krieg neben der Abgrenzung zum Nationalsozialismus auch um die Frage der Verantwortung Österreichs für die Gräueltaten ging, war Figl der vielleicht stärkste Verfechter der Opferthese. Die durch seine persönliche Intervention erreichte Streichung von Österreichs Mitverantwortung aus dem Staatsvertragstext half den Opfermythos auf Jahrzehnte in der österreichischen Geschichtspolitik und dem österreichischen Selbstverständnis einzuzementieren. Aus heutiger Sicht problematisch erscheint Figls Positionierung gegenüber den Ansprüchen der jüdischen Bevölkerung nach dem Krieg. Hier fiel dadurch auf, dass er deren besonderen Opferstatus durch den Holocaust verneinte. Er anerkannte sie als Opfer, stellte sie aber allen anderen Opfern des Nationalsozialismus gleich und sah keine spezielle Verantwortung der österreichischen Regierung gegenüber den jüdischen Opfern, die über jene gegenüber allen anderen Geschädigten hinausging. Während auch hierfür mitunter seine eigenen Opfererfahrungen in der NS-Zeit als Erklärung angeführt werden, kann man die stark antisemitischen Ansichten der Ostmärkischen Sturmscharen und des Bauernbündlers, deren Landesführer bzw. Schriftleiter er im „Ständestaat“ war, ebenso wenig ausblenden wie seine Unterschrift unter dem antisemitischen Manifest der Deutschen Studentenschaft.

Während Leopold Figls große Leistungen im Zuge der Gründung der Zweiten Republik und den ersten Nachkriegsjahren unbestritten sind, sind Überhöhung und unkritische Verehrung die prägenden Elemente des heutigen Bildes von Leopold Figl. Seine Stellung innerhalb des österreichischen Selbstverständnisses ist weiterhin zentral, denn wie es Herbert Lackner ausdrückt:

„Österreichischer als er war keiner. In keinem anderen Politiker der unmittelbaren Nachkriegszeit fielen heroische Eigenschaften, die post festum zu nationalen zurechtgelogen

wurden, so perfekt zusammen: unter den Nazis gelitten, am Wiederaufbau mitgewirkt, das neue, freie Österreich geschaffen.“¹⁶⁹

Oder in den Worten von Elisabeth Ulsperger: „Figl verkörperte diesen Grundkonsens der Zweiten Republik, den Konsens eines allgemeinen ‚Verdrängen und Vergessens‘, umso glaubwürdiger, da er ja selbst Opfer des Nationalsozialismus war.“¹⁷⁰ Komplexität und Widersprüchlichkeiten der Person Figl – und damit auch seine Schattenseiten – rücken hinter diese Heroisierung zurück. Besonders die zentrale Entwicklung in seiner Biographie, seine Wandlung „vom ‚praktizierenden Antidemokraten‘ vor 1938 zum ‚konsensorientierten Demokraten‘ nach 1945“¹⁷¹ hat bis heute keine befriedigende Behandlung in der Forschung erfahren. Auch in der Öffentlichkeit finden die von Figl vor dem Krieg vertretenen und propagierten bzw. zu verantwortenden antidemokratischen und antisemitischen Ansichten keine Beachtung. Trotz aller Publikationen zu Leopold Figl bleibt sein öffentliches Bild damit bisher ein einseitiges, unvollständiges, in dem seine unbestritten verdienstvolle Karriere in der Zweiten Republik komplett sein Wirken im „Ständestaat“ verdeckt. Es ist wohl dieser „Mythos Figl“, durch den er sich bis heute – und auch im Gegensatz zu seinen Zeitgenossen aller Parteien – einer adäquat kritischen Betrachtung entziehen konnte.

Literatur

100 Jahre Leopold Figl = 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“ Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003.

Binder, Julius Raab und Leopold Figl = Dieter A. Binder, Julius Raab und Leopold Figl. Die Säulenheiligen des staatstragenden Bewusstseins der ÖVP. In: Memoria Austriae I. Menschen, Mythen, Zeiten. Hrsg. von Emil Brix, Ernst Bruckmüller und Hannes Stekl. Wien 2004, 79–104.

Binder, Zwischenkriegszeit = Dieter A. Binder, Zwischenkriegszeit, Widerstand und KZ. In: 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“. Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003, 13–24.

Bruckmüller, Landeshauptmann = Ernst Bruckmüller, Landeshauptmann von Niederösterreich. In: 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“. Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003, 53–66.

Ebner, Krise in Permanenz = Paulus Ebner, Krise in Permanenz (1918–1945). In: Die Universität für Bodenkultur Wien. Von der Gründung in die Zukunft 1872–1997. Hrsg. von Manfred Welan. Wien-Köln-Weimar 1997, 65–139.

¹⁶⁹ Lackner, Der andere Figl, 38.

¹⁷⁰ Ulsperger, Leopold Figl, 118.

¹⁷¹ Ebenda, 119. Eine gleichartige Wandlung, zumindest in der von ihnen öffentlich vertretenen Position, machten viele Politiker der damaligen Zeit durch, da eine hohe personelle Kontinuität zwischen „Ständestaat“ und Zweiter Republik herrschte. Siehe als Überblick: Pelinka, Zur Gründung, 21–22.

- Enderle-Burcel, Mandatare im Ständestaat = Gertrude Enderle-Burcel, Christlich-Ständisch-Autoritär. Mandatare im Ständestaat. 1934–1938. Wien 1991.
- Lackner, Der andere Figl = Herbert Lackner, Zeitgeschichte. Der andere Figl. In: Profil vom 14. Mai 2015. <https://www.profil.at/oesterreich/zeitgeschichte-der-andere-figl-5645807> (26.2.2021).
- Leopold Figl. Ansichten = Leopold Figl. Ansichten eines großen Österreichers. Hrsg. von Johannes Kunz. Wien 1992.
- Literatur in Österreich 1938–1945 = Literatur in Österreich 1938–1945. Band 3. Oberösterreich. Hrsg. von Uwe Baur und Karin Gradwohl-Schlacher. Wien-Köln-Weimar 2014.
- Mayer, Lexikon der populären Irrtümer = Horst Friedrich Mayer, Lexikon der populären Irrtümer Österreichs. Wien 2001.
- Mosser-Schuöcker, Leopold Figl = Birgit Mosser-Schuöcker, Leopold Figl. Der Glaube an Österreich. Wien 2015.
- Mulley, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“ = Klaus-Dieter Mulley, „Volksbewegung“ oder „Prätorianergarde“? Die Heimwehr in Niederösterreich. In: Niederösterreich im 20. Jahrhundert. Band 1. Politik. Hrsg. von Stefan Eminger und Ernst Langthaler. Wien u.a. 2008, 425–441.
- Müller, Unser „Poldl“ = Martin Müller, Unser „Poldl“. Zur Konstruktion eines „Österreichischen Helden“. Eine Historische Diskursanalyse. Diplomarb. Univ. Wien 2004.
- Pelinka, Österreichs Kanzler = Peter Pelinka, Österreichs Kanzler. Von Leopold Figl bis Wolfgang Schüssel. Wien 2000.
- Pelinka, Zur Gründung = Anton Pelinka, Zur Gründung der Zweiten Republik. Neue Ergebnisse trotz personeller und struktureller Kontinuität. In: Wien 1945 Davor/Danach. Hrsg. von Liesbeth Waechter-Böhm. Wien 1985, 21–22.
- Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. = Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. Band 4. Bearb. von Peter Mähner und Walter Mentzel. Wien 2006.
- Rauchensteiner, Bundeskanzler = Manfred Rauchensteiner, Bundeskanzler von 1945 bis 1953. In: 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“. Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003, 25–38.
- Rauchensteiner, Sonderfall = Manfred Rauchensteiner, Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz u.a. 1979.
- Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen = Walter Reich, Die Ostmärkischen Sturmscharen. Von der politischen Kampftruppe des katholischen Jungvolks zum Wehrverband im autoritären Österreich. Diss. Univ. Graz 1997.
- Schärf, Österreichs Erneuerung = Adolf Schärf, Österreichs Erneuerung 1945–1955. Das erste Jahrzehnt der zweiten Republik. Wien 1960.
- Seltenreich, Der Weg zum Staatsvertrag = Susanne Seltenreich, Leopold Figl. Der Weg zum Staatsvertrag. Rust im Tullnerfeld 1986.
- Seltenreich, Leopold Figl = Susanne Seltenreich, Leopold Figl. Ein Österreicher. Wien-Metten 1962.
- Stangler, Begrüßung = Gottfried Stangler, Begrüßung. In: 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“. Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003, 11–12.

- Ströbitzer, Leopold Figl = Hans Ströbitzer, Leopold Figl und seine Zeit. Wien 2012.
- Trost, Figl von Österreich = Ernst Trost, Figl von Österreich. Das Leben des ersten Kanzlers der Zweiten Republik. Wien 1972.
- Ulsperger, Leopold Figl = Elisabeth Ulsperger, Leopold Figl. Ein Staatsmann. In: Menschen nach dem Krieg. 1945–1955. Hrsg. von Gerhard Jagschitz. St. Pölten-Wien 1995, 115–119.
- Wiltschegg, Die Heimwehr = Walter Wiltschegg, Die Heimwehr. Wien 1985.
- Wohnout, Außenminister = Helmut Wohnout, Außenminister in den fünfziger Jahren. In: 100 Jahre Leopold Figl. „Glaubt an dieses Österreich!“. Hrsg. von Johannes Dorrek. Wien 2003, 39–51.
- Wohnout, Mitschuld Klausel = Helmut Wohnout, Die Mitschuld Klausel und Österreich als NS-Opfer. Zur Ambivalenz der österreichischen Opferthese am biografischen Beispiel Leopold Figl. In: Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“. Hrsg. von Stefan Karner und Alexander O. Tschubarjan. Köln-Wien 2015, 235–248.
- Wohnout, Leopold Figl 1945 = Helmut Wohnout, Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz. St. Pölten u.a. 2015.

